Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer" und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/5 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postscheckkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang | Donnerstag, den 26. Mai 1932 | Nr. 121

Nazis machen Landtag zur Kaschemme

Saalschlacht im Landtag — Die Nazis als Provokateure — Mehrere Schwer- und viele Leichtverletzte

Ungeheure Roheit der Nazifraktion

„Gib nur erst acht, die Bestialität
Wird sich gleich herrlich offenbaren!"
Faust I, Auerbachs Keller.

Die Bestialität hat sich gar herrlich offenbart. Vierundzwanzig Stunden lang hat die SA.-Kolonne des preußischen Landtags, zum Schein nationalsozialistische Landtagsfraktion genannt, so etwas wie Manieren und Disziplin geheuchelt. Bis die Präsidentenwahl vorbei war und sie — man muß es aussprechen — dank einer übergroßen Vertrauensseligkeit des Zentrums und dank der scheinrevolutionären Verranntheit der Kommunisten das Landtagspräsidium in der Tasche hatten. **Dann ging der Spektakel los und er nahm Dimensionen an, die auch den kühlsten Beobachter überraschten.**

Die zweite Sitzung des preußischen Landtags ist auseinandergeflogen mit einer Saalschlacht, bei der es drei Schwerverletzte und eine Anzahl Leichtverletzte gegeben hat, am Ende der Sitzungssaal des Landtags einem Trümmerfeld glich und einen Anblick bot, der wahrlich als Symbol gewertet werden darf; so sieht das aus, was der Faschismus aus den Parlamenten machen will!

Noch sind die politischen Folgen dieses vandalischen Aktes ungeklärt. Dagegen bestehen über den Hergang selbst keinerlei Zweifel. Er begann mit einer ungeheuren Provokation der Nationalsozialisten, und wenn auch das kommunistische Verhalten nicht ohne Mitschuld an der Entwicklung der Dinge gewesen ist, **so zeigt doch das ganze Vorgehen der Nationalsozialisten, daß es von ihrer Seite von vornherein auf Provokation angelegt war.**

Nach der Erledigung der Präsidentenwahl behandelte der Landtag die Festsetzung der Mitgliederzahl einer Anzahl von Ausschüssen und die Ueberweisung verschiedener dringlicher Anträge zur sofortigen Behandlung an diese Ausschüsse. Eine völlig harmlose Angelegenheit, über deren sachliche Erledigung umso weniger Differenzen bestanden, als sie am Vormittag im Aeltestenrat zwischen allen Parteien vereinbart worden war.

Plötzlich meldete sich der nationalsozialistische Abgeordnete Roland Freisler zur Geschäftsordnung und verlangte die sofortige Konstituierung des von den Nationalsozialisten schon vor einigen Tagen beantragten Untersuchungsausschusses über die Justiz. Schon an sich war dieser Antrag ein Bruch der Vereinbarungen, da im Aeltestenrat ausdrücklich ausgemacht worden war, daß alle Anträge, deren sofortige Behandlung gewünscht wurde, bis 1 Uhr eingereicht sein sollten, tatsächlich es aber schon auf 6 Uhr nachmittags ging. **Mit keinem Wort hatten die Nationalsozialisten im Aeltestenrat das von Freisler mit wilder Pathetik vorgetragene Verlangen erwähnt!**

Noch provozierender aber war die Art, wie Freisler seinen Antrag begründete. Er habe eben ein Telegramm erhalten, daß in dem Prozeß gegen die Totschläger von Hückeswagen der Staatsanwalt Zuchthausstrafen von sieben bis neun Jahren gegen die Täter beantragt habe. Dieser Antrag des Staatsanwalts sei so ungeheuerlich, daß sofort dagegen das Parlament Stellung nehmen müsse. Dies trug er inmitten einer Flut von Beschimpfungen der Justiz vor.

Gegen diesen Antrag nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann das Wort. Obwohl er mit geradezu vorbildlicher Ruhe und Sachlichkeit sprach und jede Schärfe des Ausdrucks unterließ, wurde seine Rede von den Nationalsozialisten systematisch niedergebrüllt. Nach jedem Satze mußte Heilmann minutenlang pausieren. Er führte aus: Die Angeklagten, von denen Freisler redete, hätten den Tod von drei Menschen verursacht, darunter den Tod des Bruders des hier anwesenden Fraktionskollegen Fries-Köln. Schon dieser Umstand hätte Herrn Freisler zu etwas mehr Zurückhaltung veranlassen sollen. (Johlendes Gelächter der Nazis.) Ueber die Schuld der Täter würde in den nächsten Stunden das Gericht entscheiden. **Was aber die Nationalsozialisten hier vom Landtag verlangten, sei ein ungeheuerlicher Eingriff in die Rechtspflege, in ein schwebendes Verfahren.**

Der Nationalsozialist Kube antwortete in einer noch viel müsteren Hetzrede, als sie Freisler gehalten hatte. Um deren Geist festzustellen, genügt es, den Satz niederzuschreiben, mit dem dieser „künftige Ministerpräsident" seine Ausführungen schloß: „Neunzig Prozent aller preußischen Staatsanwälte verdienten, wegen Rechtsbeugung selber auf die Anklagebank gesetzt zu werden."

Der nächste Redner war der Kommunist Pieck. Beim zweiten oder dritten Satz seiner Rede brach der Tumult los. Pieck erklärte, daß Kommunisten viel härter bestraft würden als Nationalsozialisten. Uebrigens hätten die Nationalsozialisten selber mehrere Arbeitermörder in ihren Reihen. Hierzu riefen die Kommunisten: „Feme-Schulz, Heinemann!" **Darauf erhoben sich zahlreiche Nationalsozialisten und drängten gegen die Rednertribüne zu, bis unmittelbar zu Pieck hin. Die Kommunisten, die ihren Redner in dieser Situation bedroht glaubten, gingen nun gleichfalls auf die Rednertribüne und stellten sich um Pieck auf. So weit war ihr Verfahren durch die Situation gerechtfertigt. Oben gab es dann eine erregte Schimpferei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf der Kommunist Fränken-Rheydt dem Nationalsozialisten Hinkler einen Schlag versetzte.**

Wären die Nationalsozialisten eine disziplinierte und parlamentarische Fraktion, so hätten sie für diesen Uebergriff ohne weiteres parlamentarische Sühne verlangen können und auch erhalten, zumal ihnen am Mittwoch das Präsidium zugefallen war.

Stattdessen war für die Nationalsozialisten dieser Vorfall das Signal zur allgemeinen Schlägerei. Die gesamte nationalsozialistische Fraktion von 160 Mann, fast durchweg jüngere und — scheinbar hauptsächlich — nach körperlichen Qualitäten ausgesuchte Männer, setzte sich in Bewegung, stürmte über die Bänke der Mittelparteien hinweg auf die Kommunisten zu und schlug mit allen erreichbaren Gegenständen auf die in hoffnungsloser Minderzahl befindlichen Kommunisten ein.

Dabei wurden Pultschubladen und Pultdeckel, sogar die schweren, auf der Ministerestrade stehenden Ledersessel, von denen ein halbes Dutzend nachher demoliert im Saale lag, als Waffen verwandt. Leider erhielt bei dieser Gelegenheit auch der gänzlich unbeteiligte sozialdemokratische Fraktionssekretär Jürgensen, während er sich bemühte, das Material der Fraktion in Sicherheit zu bringen, durch Wurfgeschosse außerordentlich schwere Kopfverletzungen, die seine Ueberführung in das Krankenhaus not-

Der Aeltestenrat über die Saalschlacht

Die Schuld der Nazis einwandfrei festgestellt

Eine Erklärung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion

Im Anschluß an die Saalschlacht im Preußischen Landtag trat sofort der Aeltestenrat des Preußenparlaments zusammen. Die Sitzung wurde von dem Nazi-Präsidenten Kerrl mit folgender Bemerkung eröffnet: „Wie mir mitgeteilt worden ist, ist es im Sitzungssaal zu einer Schlägerei gekommen. Wer wünscht dazu das Wort?" Darauf wurde von kommunistischer Seite erklärt, was sie über den Zusammenstoß zu sagen hätten, würden sie in der Oeffentlichkeit sagen. Ihnen sei der Ueberfall der Nationalsozialisten keineswegs überraschend gekommen. Die Nationalsozialisten erklärten, sie seien nicht gewillt, ein Mitglied ihrer Reichsparteileitung Fememörder schimpfen zu lassen. Sie hätten nicht die Absicht, Polizei in den Landtag zu rufen, sondern müßten es den Kommunisten überlassen, dahingehende Wünsche zu äußern.

Vizepräsident Baumhoff (Zentrum), der während des Zusammenstoßes amtierte, **erklärte, daß während der Rede Pieck's** eine große Anzahl Nationalsozialisten sich von rechts her auf die Treppe zur Rednertribüne gedrängt hätte. Darauf seien Kommunisten ihrem anscheinend bedrohten Redner zu Hilfe geeilt. Er habe dann nur noch gesehen, wie ein Kommunist, den er von hinten nicht persönlich erkennen konnte, dem Abgeordneten Hinkler auf den Mund geschlagen hätte. Da bei der großen Zahl der am Zusammenstoß beteiligten Abgeordneten jeder Versuch seines Eingreifens aussichtslos gewesen wäre, habe er nur die Sitzung aufheben können.

Abg. **Heilmann** (Soz.) erklärte, daß mit der augenscheinlichen Zufriedenheit der beteiligten Nationalsozialisten und Kommunisten für die Sozialdemokratische Fraktion die Angelegenheit nicht erledigt sei. **Die Nationalsozialisten hätten durch den vorher im Aeltestenrat nicht angekündigten Antrag Freisler und dessen Rede planmäßig und absichtlich provoziert.** Als er gegen die Beratung des Antrages protestiert hätte, habe er bereits das Gefühl gehabt, daß Zusammenstöße unmittelbar bevorstünden. **Während der Rede des Abgeordneten Pieck seien die Nationalsozialisten in drohender Haltung und mit den entsprechenden Zurufen auf den Redner losgestürzt.** Es sei begreiflich, daß die Kommunisten ihren Redner hätten schützen wollen. Auf der anderen Seite hätte ein Kommunist den ersten Schlag geführt, **auf den hin die Nationalsozialisten mit aller Macht über die ganze kommunistische Fraktion herzufallen seien.** Dabei sei auch der sozialdemokratische Fraktionssekretär Jürgensen schwer verletzt worden, der völlig unbeteiligt und ruhig auf seinem Platz in der ersten Reihe saß. **Die Sozialdemokratische Fraktion verlange, daß das Präsidium des Hauses unbedingt Sicherheit gegen die Wiederkehr derartiger Gewalttätigkeiten schaffe. Dieser Erklärung schloß sich der Abgeordnete Steger (Ztr.) vollinhaltlich an. Der Roheitsakt im Plenum könne unmöglich ohne schwerwiegende Konsequenzen für die Politik des preußischen Zentrums bleiben.**

Abg. Kube erwiderte, die Nationalsozialisten verbäten sich jede Schulmeisterei. Sie seien bereit, nötigenfalls den Landtag aufzulösen und neuzuwählen. Die Verletzung des Abgeordneten Jürgensen bedauerten sie; aber die Sozialdemokraten hätten schon geraume Zeit vor dem Zusammenstoß ihr besonders hochgeschätztes Mitglied Oberleutnant Schulz durch den Zuruf „Fememörder" beleidigt.

Zum Schluß erklärte Abg. Kube, daß seine Partei durchaus keine Gewalttätigkeiten wünsche, und daß er strengste Fraktionsdisziplin durchzuführen bereit wäre.

Zu einer Beschlußfassung kam es nicht. Nur der Antrag der Kommunisten, weiter zu tagen oder am Freitag wieder zusammenzutreten, wurde abgelehnt. Am Tage der nächsten Landtagssitzung, am 1. Juni, soll um 11 Uhr der Aeltestenrat nochmals zusammentreten. Die Vollsitzung soll erst um 2 Uhr beginnen, damit die Fraktionen Gelegenheit haben, zu dem Ergebnis der Aeltestenratssitzung Stellung zu nehmen.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion erklärt:

Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtages beschloß zu der Saalschlacht im Landtag folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Die sozialdemokratische Landtagsfraktion verurteilt aufs schärfste die brutalen Roheitsexzesse, deren Schauplatz am Mittwoch der Preußische Landtag gewesen ist, und deren Opfer auch ihr völlig unbeteiligter Fraktionssekretär Jürgensen geworden ist. Die Schuld an den blutigen Zusammenstößen tragen in gleicher Weise die Nationalsozialisten wie die Kommunisten. Die Nationalsozialisten durch planmäßige Provokationen und Behetzung des kommunistischen Redners, die Kommunisten durch Führung des ersten Schlages. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion protestiert aufs schärfste gegen die Maßnahmen der extremen Parteien und fordert außerdem Sicherstellung der Freiheit und Gewaltlosigkeit der Verhandlungen der Volksvertretung."

wendig machten. Zeitweilig hatte Jürgensen die Besinnung verloren.

Als es den Nationalsozialisten gelungen war, die Kommunisten aus dem Saal zu prügeln, sammelten sie sich und stimmten unter Führung des Abgeordneten Lohse (bekannt durch den Fall Franzen) das Horst-Wessel-Lied an und brachen in Heilrufe aus. **Die Mitglieder aller anderen Parteien hatten, von Scham und Ekel über diese schmachvollen Vorkommnisse erfüllt, nach und nach den Saal verlassen.** Besonders auf das Zentrum machten die Vorgänge tiefsten Eindruck. **Vielfach hörte man Zentrumsabgeordnete untereinander die Frage aufwerfen, ob denn auch nur der Gedanke oder die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit dieser barbarischen Horde bestehe.** Die Sozialdemokratie berief sofort eine Fraktionssitzung ein, in der die Vorgänge, wie hier dargestellt, durch völlig übereinstimmende Aussagen der Fraktionsmitglieder festgelegt wurden. Die Sitzung wurde durch eine Tagung des Aeltestenrates unterbrochen.

Eins steht jedenfalls fest: Am Mittwoch hat sich der Faschismus im Preußischen Landtag in seiner nackten Gestalt der Brutalität gezeigt. Das von Gregor Strasser proklamierte „Faustrecht" ist von den Nazis dazu auserkoren, das parlamentarische Recht und jede parlamentarische Gesittung zu ersetzen. Weiten Kreisen des preußischen Volkes dürften allgemach die Augen darüber aufgehen, was sie mit dieser Wahl vom 24. April angerichtet haben!

Der Landtag nach der Saalschlacht

Nach der Saalschlacht sah der Landtag folgendermaßen aus: **Schwere Ledersessel, Tischkästen, zerbrochene Lampen und ein wüstes Tohuwabohu von Papier, Abstimmungskarten und was sonst sich in den herausgerissenen Kästen der Arbeitsplätze der Abgeordneten vorgefunden hatte, lag besonders in dem kommunistischen Sektor herum auf dem Boden. Man konnte von dem Eingang der Kommunisten auf der linken Seite des Hauses her kaum den Sitzungssaal betreten und mußte erst mühsam über die Reste des Mobiliars hinwegklettern.** In den Wandelgängen herrschte eine außerordentlich starke Erregung, die auch das Publikum ergriff, das sich auf den Wandelgängen des Tribünengeschosses versammelte, wo es beinahe zu einer Fortsetzung der Schlägerei gekommen wäre, wenn nicht Beamte des Hauses eingegriffen hätten. Unten im Saalgeschoß wo die Abgeordneten beieinander standen und aufgeregt debattierten, bemühten sich die Fraktionsführer, ihre Fraktionsgenossen zu einer sofort stattfindenden Fraktionssitzung zusammen zu berufen. Es wurde inzwischen bekannt, daß bei der Wurfschlacht vor allem einige kommunistische und sozialdemokratische Abgeordnete nicht unerheblich verletzt worden sind. **Der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Fraktion Abg. Jürgensen, mußte bewußtlos aus dem Sitzungssaal getragen werden.** Die kommunistischen Abgeordneten Krämer-Oberschöneweide, Kunz und Golke sind gleichfalls verletzt. Hauptsächlich gab es Kopfwunden. Einige Minuten nach dem Zusammenstoß erschien der Kommunist Krämer-Oberschöneweide mit stark verbundenem Kopf wieder im Sitzungssaal. Das Blut der frischen Kopfwunde lief durch den Notverband hindurch über sein Gesicht. Er räumte seinen Arbeitsplatz und rief dabei den Nationalsozialisten, von denen einige sich noch im rechten Saaleingang aufhielten, zu: zwanzig für einen! Ihr Hunde! Das sollt Ihr noch bezahlen!

Die Beamten des Hauses mußten bei Besichtigung des Kampffeldes feststellen, daß dem Landtag ein sehr erheblicher Sachschaden entstanden ist. Zum Teil sind auch die Polster der festgeschraubten Sitzplätze der Abgeordneten heruntergerissen worden, sodaß die Roßhaarfütterung heraushängt.

Abg. Dr. Wester (Ztr.), Arzt aus Köln, bemühte sich um die Verletzten und legte ihnen Verbände an. **Der sozialdemokratische Abgeordnete Jürgensen mußte genäht werden, da ihm die eine Gesichtshälfte aufgerissen worden ist.**

Etwa eine halbe Stunde nach den blutigen Schlägereien wurde der Aeltestenrat einberufen, an dessen Beratungen auch der Berliner Polizeipräsident Grzesinski teilnahm. Vor dem Zimmer des Aeltestenrates hatten sich zahlreiche nationalsozialistische Abgeordnete versammelt, die erregt über die Anwesenheit eines Zivilisten waren, in dem sie einen Kriminalbeamten erkannt haben wollten. Ein Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion forderte diesen Zivilisten auf, sich sofort aus dem Landtagsgebäude zu entfernen, weil Polizeibeamte in diesem Hause nicht amtieren dürften, ohne daß der Präsident sie dazu aufgefordert habe. **Darauf nahmen mehrere nationalsozialistische Abgeordnete den Mann in ihre Mitte und beförderten ihn vom Beratungszimmer des Aeltestenrates hinweg.** Die Mehrzahl der nationalsozialistischen Abgeordneten entfernte sich vom Aeltestenratszimmer auf Ersuchen eines Führers der Fraktion.

Die Opfer der Prügelei — Genosse Jürgensen befindet sich heute morgen besser

Der sozialdemokratische Abgeordnete des Preußischen Landtags, Jürgensen, der am Mittwoch während der Saalschlacht im Preußenparlament schwer verletzt wurde und besinnungslos zusammenbrach, ist auf seinen Wunsch am späten Abend des gestrigen Tages in seine Wohnung gebracht worden. Jürgensen wurde von einem Schreibpult so schwer getroffen, daß er mehrere klaffende Wunden am Kopf erhielt. Immerhin ist sein Zustand erfreulicherweise unbedenklich.

Von den kommunistischen Abgeordneten, die sich, soweit sie im Landtag anwesend waren, sämtlich an der Schlägerei beteiligt haben, trugen die Abgeordneten Kramer-Miersdorf, Gohlke und Kunz schwere Kopfverletzungen davon. Die Abgeordneten Schwenk und Flatung wurden leichter verletzt.

Die Nationalsozialisten behaupten, daß von ihrer Fraktion vier Mitglieder verletzt worden sind: die Abgeordneten Hinkler (am linken Ohr), Wehner (am Rückgrat), Dalunge (Messerstich) und Kunze (ohne nähere Angabe).

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei erläßt anläßlich der blutigen Vorgänge im Landtag einen Aufruf: „An die deutsche Arbeiterklasse", der von Angriffen gegen die Sozialdemokratie nur so strotzt. Auch sonst weiß das Blatt in seiner heutigen Ausgabe nichts besseres zu tun, als zahlreiche verlogene Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu richten.

Die Präsidentenwahl im Landtag

Nazi-Kerrl Präsident — Wittmaack Vizepräsident

Berlin, den 25. Mai. (Eig. Ber.)

Die zweite Sitzung des neuen Preußischen Landtages wird vom Alterspräsidenten Litzmann um 2,15 Uhr eröffnet.

Alterspräsident Litzmann erklärt: Aus der Presse habe ich erfahren, daß in der Eröffnungssitzung des Landtages von der linken Seite des Hauses während meiner Eröffnungsansprache schwere Beleidigungen ausgestoßen worden sind. Ich habe sie nicht verstanden. (Zurufe und Lachen links.) Soweit die Beleidigungen mich persönlich angehen, ist es ausschließlich meine Sache, wie ich damit verfahren will. Ich kann mich auf den Standpunkt stellen, daß ich von den Zurufern überhaupt nicht beleidigt werden kann. (Stürmische Bravorufe und Händeklatschen bei den Natsoz. — Die Kommunisten bringen ein dreifaches Nieder auf den Alterspräsidenten aus.)

Wenn die Beleidigungen aber gegen andere Persönlichkeiten gerichtet worden sind, so kann ich dazu nicht schweigen. Wenn z. B. gerufen worden ist: „Nieder mit den kaiserlichen Generalen," so wird davon auch betroffen der Generalfeldmarschall von Hindenburg. (Zurufe und Lachen bei den Komm.) Wenn ich wüßte, wer diesen Ausruf gebraucht hat, würde ich entsprechende Maßnahmen dagegen getroffen haben. (Zuruf bei den Komm.: Die ganze Fraktion!) Das spricht nicht für Ihre Fraktion. (Erneutes Lachen bei den Komm.)

Ein kommunistischer Antrag verlangt die sofortige Auszahlung einer Beihilfe von je 1000 Mark für die Hinterbliebenen der auf Zeche Dorstfeld getöteten Bergleute sowie Anweisung an die Staatsanwaltschaft zur Aufnahme der strafrechtlichen Verfolgung der Schuldigen.

Abg. Kasper (Komm.) begründet einen weiteren kommunistischen Urantrag, in dem das Staatsministerium aufgefordert wird, die Reichsregierung zu ersuchen, ihre Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz anzuweisen, den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetdelegation zuzustimmen, ferner den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu vollziehen und schließlich alle Demonstrationsverbote aufzuheben. Die Begründung des Antragstellers wird vielfach von großer Heiterkeit im Hause unterbrochen.

Auf sozialdemokratischen Antrag hin wird der kommunistische Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung vom 1. Juni gesetzt. Unter großer Heiterkeit stimmen auch die Kommunisten dafür.

Das Haus wendet sich dann der

Wahl des Präsidenten

zu. Hierzu erklärt zunächst Abg. Lohse (Natsoz.) **die Bereitwilligkeit seiner Fraktion, sich den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten anzuschließen.** Von dem Verhalten der übrigen Fraktionen bei der Wahl des Präsidenten werden wir unser Verhalten bei der Wahl der Vizepräsidenten abhängig machen. (Aha-Rufe links und Zuruf: Jüdischer Schacher!)

Abg. Koenen (Komm.) wirft den Nationalsozialisten vor, daß sie dadurch mit ihrer bisherigen Praxis brechen. Bisher haben die Nationalsozialisten, wie er erklärt, das Recht der großen Fraktionen und die parlamentarischen Gepflogenheiten nicht anerkannt, sondern sich gegen das bisherige System ausgesprochen. Jetzt sind sie Teilhaber des Systems geworden. (Sehr wahr! bei den Komm.) Die Kommunisten werden bei allen Vorschlägen den Abgeordneten Kasper ihrerseits in Vorschlag bringen. (Zuruf rechts: Kasperletheater!)

Abg. Heilmann (Soz.):

Der Abgeordnete Lohse hat gesagt, die Nationalsozialisten wollten sich den parlamentarischen Gepflogenheiten anschließen. Wir stellen fest, daß die Nationalsozialisten im letzten Landtag gegen den Anspruch der stärksten Fraktion auf den Präsidentenposten gestimmt und ihre Stimme weder Bartels noch Wittmaack gegeben haben. Ebenso haben sie im Reichstag nicht für den Präsidenten Löbe gestimmt, sondern ihm entgegengestellt den Kandidaten der fünftstärksten Fraktion, den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Scholz. Wenn eine Fraktion früher den Anspruch der stärksten Fraktion nicht anerkannt hat, dann hat sie jetzt kein Recht, sich darauf zu berufen. (Zustimmung bei den Soz.) Wir sind auch nicht sicher, daß, wenn wir für Kerrl stimmen, die Gegenseitigkeit gesichert wäre. (Aha-Rufe bei den Komm.) Die Erklärung des Abgeordneten Lohse war in dieser Beziehung gewollt unklar. Aber selbst wenn in diesem Punkte keine Zweifel beständen, wären wir **nicht in der Lage einen Kandidaten der Nationalsozialisten zu wählen. Die Nationalsozialisten sind eine antiparlamentarische Partei** (Rufe bei den Komm.: gewesen!). **Nach ihrem Programm wollen sie das Parlament nicht erhalten und schützen, sondern herabwürdigen und zerstören. Wir glauben deshalb nicht, daß ein Nationalsozialist ein geeigneter Führer der preußischen Volksvertretung sein kann.** Es kommt hinzu, daß der Posten des Landtagspräsidenten zugleich ein politischer Posten ist, da er einen Teil der Befugnisse des Staatspräsidenten besitzt, den Preußen nicht hat. Auch aus diesem Grunde sind wir nicht in der Lage, den Nationalsozialisten eine politische Machtstellung in der Republik auszuliefern.

Die nationalsozialistischen Landtagspräsidenten in Braunschweig und Anhalt haben ihr Amt nicht sachlich und loyal ausgeübt, sondern es im Interesse ihrer Partei mißbraucht.

Auch wenn das Zentrum angekündigt hat, daß das Präsidium in vier Wochen neu gewählt werden könne, haben wir keine Sicherheit, daß nach den ersten vier Wochen sich nicht ein ganz anderes Bild ergibt als in den ersten vier Wochen.

Abg. Kube (Natsoz.) erklärt, wenn eine große Partei die Erklärung abgebe, daß sie im Rahmen der Geschäftsordnung und Verfassung mitarbeiten wolle (stürm. Hört! Hört! links), dann sollte das genügen.

Abg. Heilmann (Soz.):

Die Geschäftsführung des Präsidenten Löbe ist weit über die Sozialdemokratie hinaus von allen Parteien als vorbildlich anerkannt. Vorfälle wie in Anhalt, wo der Abg. Seeger von der Journalistentribüne gewiesen wurde, werden sich unter Löbe nie ereignen. Auf den Willen der Bevölkerung können sich die Nationalsozialisten bezüglich des Präsidenten nicht berufen. Der Landtag wählt sich selbstverständlich durch Mehrheit seinen Präsidenten. Der Wille der Wähler hat nicht gehindert, daß mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und Kommunisten der Abg. Wittmaack wiedergewählt worden wäre. Diese Wiederwahl ist unmöglich dadurch, daß das Zentrum für Kerrl stimmt und **die Kommunisten erklärt haben, sie würden unter keinen Umständen für Wittmaack ihre Stimme abgeben** (Hört! Hört! bei den Soz.) **Die Kommunisten haben dazu beigetragen, daß das Präsidium den Nationalsozialisten ausgeliefert wird.** (Lärm bei den Komm.)

Abg. Pieck (Komm.) weist darauf hin, daß Kommunisten und Sozialdemokraten nicht die Mehrheit im Landtag haben. Das Eintreten des Zentrums für den nationalsozialistischen Kandidaten sei nur der erste Schritt. Das Zentrum werde den Nationalsozialisten auch bei der kommenden Regierungsbildung seine Unterstützung geben.

Alterspräsident Litzmann: Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Es sind 416 Stimmzettel abgegeben worden, der Landtag ist also beschlußfähig. Unbeschrieben sind sechs Stimmzettel, ungültig ist ein Stimmzettel. Von den übrigen gültigen 409 Stimmzetteln beträgt die Mehrheit 205. Es haben erhalten: der Abg. Kerrl 262 Stimmen (Stürm. Bravo!-Rufe und Händeklatschen bei den Natsoz.), der Abg. Wittmaack (Soz.) 92 Stimmen und der Abg. Kasper (Komm.) 55 Stimmen. Es ist also der Abg. Kerrl (Natsoz.) zum Präsidenten gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Die Benzinstation

Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechtigte Uebertragung aus dem Amerikanischen von Clarisse Meitner

Alle Rechte vorbehalten · Nachdruck verboten

(39. Fortsetzung.)

Zusammengekauert saß sie am Ufer, eine verlorene, hilflose Gestalt. Die Spitzen der Missionshäuser jenseits des im violetten Schatten spiegelnden Sees blitzten plötzlich leuchtend rot auf im Widerschein der untergehenden Sonne und wurden dann steingrau und häßlich. Ueber die Straße her konnte sie ihren Vater vor dem Barmberry-Haus sagen hören: „Ach!" und „Wirklich?", während James Geschichten erzählte.

Weiter oben an der Straße lautes Hupen, helle Lichter, die jeden Augenblick blendender wurden, ein Rollen, Anfahren, das Halten eines Wagens, und aus dem undeutlich erkennbaren Rumpf sprang eine scharf umrissene Gestalt — Jeff Saxton — Heimat und alle Menschen, die sie liebte, und Art und Weise einer Umgebung, die sie am besten kannte.

„Ist Fräulein . . ." ehe sie zu ihm geeilt war, in das Geborgensein seiner Arme und ihn küßte.

Sie wich zurück und versuchte zu tun, als wäre es nicht geschehen, aber sie zitterte: „Ich kann es gar nicht glauben! Es ist lächerlich wunderbar, Sie wiederzusehen!" Sie zog sich in der Richtung des Barmberry-Hauses zurück, Jeff folgte mit ausgestreckten Armen. Sie kamen in das Bereich der Lichtstrahlen des Hauses und Herr Boltwood rief: „A! Geoffrey! Ist das eine Ueberraschung — und was für eine freudige Ueberraschung!" „Herr Boltwood! Sie sehen herrlich aus! Ein neuer Mensch!" Dann schüttelten sich die beiden Männer auf den lampenerhellten Eingangsstufen die Hände und suchten nach irgendeiner anderen Aeußerung ihres kameradschaftlich frohen Gefühls. Sie dachten daran, einander Zigarren anzubieten. Sie lächelten, sahen weg, lächelten wieder, in dieser törichten, verlegenen Art, die Männer haben, durch ihre Unfähigkeit, es mit Küssen auszudrücken. Herr Boltwood rettete die Situation durch ein gesammeltes: „Muß hineingehen, mich waschen. Seh Sie gleich wieder." Herr James Barmberry und die Sippschaft der kleineren Barmberrys folgten bedauernd nach. Claire blieb mit Jeff allein zurück und hatte Angst. Aber sie mußte zugeben, daß Jeff in seiner englischen Kappe und dem weiten Londoner Ueberrock, mit seinem freundlichen Lächeln und seiner unübertroffenen Rasiertheit anziehender war als sie in Erinnerung hatte.

„Froh, mich zu sehen?" fragte er.

„O, ja."

„Sie sehen . . ."

„Sie sind so . . ."

„Schöne Fahrt? Wissen Sie, daß Sie mir nur Ansichtskarten geschickt haben mit ‚Hübsche Stadt' oder etwas ähnlich Sentimentalem."

„Ja, aber es war wirklich fabelhaft. Diese Berge und weiten Ebenen berauschen mich", sagte sie ein wenig herausfordernd.

„Natürlich! Malheur ist nur, wenn Sie fort sind, haben wir bei uns daheim nichts Berauschendes!"

„Brauchen Sie denn noch etwas außer Ihrem Büro und Ihrem Club?"

„Aber Claire!"

„Nicht böse sein. Das war häßlich von mir."

„Ja wirklich. Aber ich bin nicht böse. Ich bin überzeugt, daß wir alle ganz sanftmütig geworden sind vor Sehnsucht nach Ihnen. Ich bin gern bereit, mich auspeitschen zu lassen."

Sie hatte es sich selbst eingebrockt, jetzt mußte sie ihm sagen, daß er gar nichts als ein Geschäftsmann sei, sie wollte sagen, daß er immer so praktisch sei.

„Aber Jeff ist gar nicht mehr der Praktische", erklärte er. „Ich denke an Claire, die über Berge und durch Wüsten fährt. Aber — O, es war so einsam für uns. Können Sie sich vorstellen, wie einsam? Zehnmal an einem Abend bin ich ans Telephon gegangen, um Sie anzurufen und zu bitten, ob ich hinaufkommen darf, Sie besuchen und hab mich immer erst dann erinnert, daß Sie gar nicht da sind und dann bin ich dagesessen und hab das Telephon angestarrt — ach, die anderen Leute sind so langweilig!"

„Sie haben mich wirklich vermißt . . ."

„Ich wollt, ich wär ein Dichter, um es Ihnen entsprechend klarzumachen. Aber Sie, Claire, Sie haben nicht gesagt, daß Sie mich vermißt haben. Haben Sie mich nicht ein ganz klein wenig vermißt? Wäre es nicht erträglich gewesen, den armen alten Jeff mitzuhaben beim Wundersuchen gefährlicher Bergstraßen . . ."

„Und Schmiernippel füllen! Nicht so schmutzige und sinkende Hände!"

„Ja, das hätt ich auch getan. Und ich hätte allerlei Ueberraschungen ausgedacht unterwegs. Das versteh ich nämlich sehr gut. Ich hab ein Motorboot herbestellt, so daß wir morgen den See hier auskundschaften können. Darum wollt ich, daß Sie hier auf mich warten, statt nach Kalispell weiterzufahren. Morgen muß ich zwar leider schon wieder weiterrattern, um noch einen Eisenbahnzug zu erreichen — bin nach Kalifornien abberufen und muß dann wahrscheinlich nordwärts gehen. Aber inzwischen — Jetzt wird mein Chauffeur meine Ueberraschungen wohl schon in der Küche ausgepackt haben."

„Was ist's denn?"

„Raten Sie."

„Eßwaren. Wundervolle Eßwaren."

„Konn schon sein."

„Aber was denn? Bitte, bitte! Claire ist so hungrig."

„Wir werden alles sehen, zu seiner Zeit, mein liebes Kind. Onkel Jeff läßt sich nicht drängen."

„I — ich — wills — jetzt — sehen! Sonst schrei und heul und schlag ich!"

Jeff hatte aus Newyor einen ungeheuerlichen Korb voll Delikatessen mitgebracht. Er fügte dem bestellten Brathuhn wunderbar verschlossene Dosen von Pasteten und gefüllten Artischocken hinzu, die vom Küchenchef seines Klubs bereitet worden waren; Kaviar und Anschovis; eine herrliche Schöpfung von Obstgateaux, die mit dem Schlagobers serviert werden sollten; zwei Flaschen eines berühmten Sherry; kandierte Früchte in Silberverpackung. Das Essen wurde nicht im Vorbau sondern vor dem Feuer im Wohnzimmer der Barmberrys aufgetragen. Claire sah die kandierten Früchte an, starrte seltsamen Blickes auf Jeff — obwohl sie eigentlich an jemand anderen dachte — und sagte sinnend:

„Ich wußte gar nicht, daß mir an diesen dummen Luxussachen so viel liegt. Heute wünschte ich mir ein richtiges Bad, ein ganz klein wenig parfümiert und richtigen Toilettentisch mit dreiteiligem Spiegel und französischem Talkumpuder und dann käm ich gerne in einem richtigen Abendkleid zum Essen — O, Jeff, die Fahrt war herrlich. Aber mein armer Körper ist so müde und staubig geworden und da kommen Sie verräterischerweise mit diesen Dingen her, die Sie aus den Bergen hervorgezaubert haben. — Ich bin doch keine Pionierfrau. Und Henry B. ist kein Höhlenmensch. Schauen Sie nur, wie er sich mit abgöttischer Verehrung seiner Suppe hingibt."

(Fortsetzung folgt.)

Abg. Kerrl (Natsoz.): Ich nehme die Wahl an.

Während Abg. Kerrl den Alterspräsidenten ablöst, erheben sich die Nationalsozialisten von den Plätzen und grüßen den neuen Landtagspräsidenten mit Händeklatschen und Heil-Rufen, während die Kommunisten Nieder!-Rufe ausbringen.

Präsident Kerrl: Ich übernehme das Amt des Präsidenten, zu dem Sie mich mit absoluter Mehrheit gewählt haben, nachdem zuvor das preußische Volk in einer einzigartigen Erhebung durch seine Willenskundgebung bei der Wahl die bisherige Sechs-Männer-Gruppe zur stärksten Fraktion des Hauses gemacht hat (Unruhe links und lärmende Rufe bei den Komm.), nicht nur dieses Hauses, sondern überhaupt des Preußischen Landtages, seit seinem Bestehen. (Beifall bei den Natsoz.) Ich werde mein Amt den Bestimmungen der Geschäftsordnung entsprechend (Oho-Rufe bei den Komm!) und wie sich das bei einem Nationalsozialisten von selbst gehört, unparteiisch wahrnehmen. (Lärm bei den Kommunisten und Zurufe: Frechheit! — Zwei Kommunisten werden zur Ordnung gerufen.) Zwingen Sie mich nicht, so fährt der Präsident, zu den Kommunisten gewendet, fort, zu schärferen Maßnahmen zu greifen. (Neuer Lärm bei den Komm.)

Das Haus wendet sich dann der

Wahl des ersten Vizepräsidenten.

zu. Präsident Kerrl teilt folgendes Abstimmungsergebnis mit: es sind 253 Stimmzettel abgegeben, der Landtag ist also beschlußfähig. Unbeschrieben sind 31 Stimmzettel, ungültig 1. Von den übrigen 221 Stimmzetteln beträgt die Mehrheit 111. Es haben erhalten: der Abg. Wittmaack (Soz.) 167, der Abg. Kasper (Komm.) 54 Stimmen. Es ist also der Abg. Wittmaack (Soz.) zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Ich frage, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Wittmaack (Soz.): Ich nehme die Wahl an.

Es folgt die

Wahl des zweiten Vizepräsidenten.

Abg. Steger (Ztr.) schlägt hierzu die Wahl des Abg. Baumhoff (Ztr.) vor. Präsident Kerrl teilt mit, daß der Abg. Baumhoff gewählt ist.

Zum dritten Vizepräsidenten wird dann Dr. von Kries (Dnat.) gewählt.

Inzwischen eingegangene Anträge verschiedener Fraktionen werden den Ausschüssen überwiesen, nachdem vorher die Verteilung der Ausschußsitze erfolgt war.

Systematische Wühlerei gegen das Kabinett Brüning

Hindenburg wird mit Angriffen und Telegrammen bombardiert

Wieder einmal ist in der Rechtspresse seit Tagen ein ungeheures Kesseltreiben gegen den Reichskanzler im Gange. Das Ziel ist, durch Einwirkungen auf Hindenburg die Regierung zu stürzen.

Der Spuk begann mit der Ankündigung, daß Groener von seinem Amt als Reichswehrminister zurücktreten werde. Sofort witterte man Morgenluft, und seitdem vergeht kaum ein Tag, an dem Nazis und Deutschnationale den Reichspräsidenten, der gegen sie und trotz ihrer üblen Wahlagitation am 10. April wiedergewählt wurde, nicht um die Entlassung der Regierung Brüning ansehen.

Täglich gehen dem Reichspräsidenten ganze Zeitungsbündel mit gehässigen Angriffen gegen die Regierung Brüning zu, und zugleich spielt fortgesetzt der Draht nach Neudeck in der Absicht, das Vertrauen des Reichspräsidenten zu dem Reichskanzler systematisch zu untergraben.

Diesem Spiel hat sich neuerdings die deutschnationale Reichstagsfraktion in einem offiziellen Telegramm an den Reichspräsidenten angeschlossen. Sie beschwört Hindenburg, den Ratschlägen seiner Regierung nicht länger zu folgen und die in Aussicht genommenen Notmaßnahmen des Reichskabinetts nicht zu billigen. Wie Deutschland und seinem Volke schließlich zu helfen ist, macht den Herrschaften keinen Kummer. Wie immer, so negieren sie auch jetzt alles ohne den geringsten Ratschlag oder Vorschlag, wie es besser gemacht werden könnte.

Die Auswirkung dieser systematischen Hetze ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Noch können wir uns nicht vorstellen, daß der Reichspräsident ihr auch nur irgendwie nachgeben wird. **Aber darüber muß aus innen- und außenpolitischen Gründen schnellstens die notwendige Klarheit geschaffen werden.** Aus diesem Grunde dürfte der Reichskanzler dem Reichspräsidenten am Sonntag sofort nach seiner Rückkehr aus Neudeck über die gegenwärtige politische Lage und seine Pläne ausführlich Bericht erstatten und damit zugleich die Vertrauensfrage verknüpfen. Die schwerwiegende Entscheidung über das weitere Schicksal Deutschlands wird damit zugleich in die Hände des Reichspräsidenten gelegt.

Das Regierungsproblem in Frankreich

Herriot unterhält sich auch mit Sozialisten – Erklärungen Chautemps' Radikales Kabinett wahrscheinlich

Paris, 25. Mai. (Eig. Drahtb.)

Der „Paris Midi" veröffentlicht am Mittwoch Erklärungen des früheren Ministerpräsidenten Chautemps über das Regierungsprogramm und die Taktik der Radikalen. Seine Auslassungen sind gewissermaßen als Ergänzung der in dem gleichen Blatt veröffentlichten Erklärungen Herriots zu werten.

Chautemps erklärt: „Auf außenpolitischem Gebiet ist das dringendste Problem die Lausanner Konferenz, verbunden mit der Frage des Moratoriums. Unser Standpunkt in dieser Frage ist bekannt. Wenn wir immer entschlossen gewesen sind, die Achtung der Verträge und die Anerkennung unserer Rechte zu erlangen, wollen wir doch die außenpolitischen Verhandlungen in einem aufrichtigen Geiste internationaler Solidarität, in einem Geiste der Wiederannäherung und des Friedens führen. Ebenso müssen auf der Abrüstungskonferenz, die von der doppelten und edlen Sorge um die Landessicherung und den Frieden beherrscht ist, die Verhandlungen mit dem heißen Wunsch fortgesetzt werden, zu einem Ergebnis zu gelangen. Es ist sicherlich unendlich wünschenswert, die Völker, und besonders das unsrige, von der Last der übertriebenen Militärausgaben zu befreien. Aber diese Bemühungen müssen gegenseitig sein und auf solide Garantie gestützt werden. **Wir wünschen sehnlich eine gegenseitige Herabsetzung der Kriegsmittel, aber wir könnten in der gegenwärtigen Zeit nur in die Herabsetzungen einwilligen, die unseren Verteidigungskräften keinen Abbruch tun würden.**

Inbezug auf die Regierungs- und Mehrheitsbildung führte Chautemps aus: „Ich bin davon überzeugt, daß sich um das demokratische Programm der neuen Regierung alle Republikaner scharen werden und ich glaube fest, daß das Kabinett eine breite Mehrheit finden wird. Es wäre nicht angebracht, schon jetzt die Grenzen dieser Mehrheit festzulegen. Die großen politischen Parteien haben das Recht, frei über die Haltung zu beraten, die sie ihren Mitgliedern empfehlen werden. Wir Radikalen haben unser Programm und unsere Taktik auf dem letzten Parteikongreß bestimmt. Unsere Ideen sind also bekannt und wir können in Ruhe abwarten."

Auf die Frage des Vertreters des „Paris Midi", wie Chautemps über die sozialistischen Bedingungen denke, antwortete dieser: „Die aufrichtigen Verteidiger der republikanischen Einigkeit müssen wünschen, daß alle Fraktionen einsehen, daß gewisse Probleme, die gerechterweise in ihren zukünftigen Programmen Aufnahme finden, nicht mit den sofortigen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen sind, denen ein Regierungsprogramm Rechnung tragen muß."

Die Erklärung bedeutet eine Ablehnung der sozialistischen Bedingungen.

Paris, 25. Mai. (Eig. Drahtb.)

Herriot hat am Mittwoch-Vormittag eine Reihe von Parlamentariern, darunter die Sozialisten Renaudel und Frossard und die Radikalen Bonnet und Dalimier empfangen und sich mit ihnen privatim über die politische Lage unterhalten.

Paris, 26. Mai. (Eigener Funkbericht.)

„Petit Journal" meldet, daß Herriot in seinen Unterredungen, die er am Mittwoch mit den Sozialisten Renaudel, Frot und Frossard führte, die sämtlich Anhänger einer Beteiligung der Sozialisten an einer Linksregierung sind, erklärt hat, daß er den Sozialisten eine ehrenhafte Zusammenarbeit auf der Basis eines Aktionsprogramms anbieten würde, das der Exekutiv-Ausschuß der Radikalen Partei am 31. Mai festsetzen werde. Dieses Angebot solle ganz unabhängig von den Beschlüssen erfolgen, die der Sozialistische Parteikongreß in der Frage der Regierungsbeteiligung annehmen werde.

An der Tatsache dieses Angebots war nach dem Wahlausgang und dem engen Wahlbündnis zwischen Sozialisten und Radikalen nicht zu zweifeln. Aber es ist nicht weniger zweifelhaft, daß das Angebot keine Folgen haben wird, denn die Sozialisten werden von den Radikalen die Annahme der von Gen. Blum aufgestellten Bedingungen verlangen, in die die Radikalen nicht einwilligen können. Unter diesen Umständen wird Herriot die Absicht zugeschrieben, ein rein radikales Kabinett zu bilden, dem nur einige Vertreter der benachbarten kleinen Linksparteien angehören sollen. Nach dem „Matin" ist die Zusammensetzung dieses Kabinetts bereits im Prinzip geregelt, so daß Herriot, der wahrscheinlich am 3. Juni abends offiziell mit der Regierungsbildung beauftragt werden wird, das Kabinett bereits am 6. oder 7. Juni der Kammer vorstellen könne. Herriot werde außer dem Präsidentenposten das Portefeuille des Außenministers übernehmen. Der Posten des Vizepräsidenten und Justizministers werde einem Senator, wahrscheinlich Renoult, angeboten werden. Chautemps solle Innenminister, Painlevé Kriegsminister und Sarraut Marine- und Kolonialminister werden. Daladier werde das Luftministerium, Bonnet das Postministerium und Queuille das Ackerbauministerium erhalten. Aus dem Handelsministerium solle infolge der großen Bedeutung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme ein Wirtschaftsministerium gemacht werden, dessen Leitung Germain Martin (Radikale Linke) anvertraut werden würde. Zum Finanzminister soll der radikale Abgeordnete Palmade, zum Budgetminister der bisherige Berichterstatter der Finanzkommission des Senats, Gardey, ernannt werden.

Ein solches Kabinett wäre nach der Ansicht des „Matin", wenigstens für die erste Zeit der Unterstützung oder der Neutralität der Sozialisten und der rechtsstehenden Mittelparteien sicher, würde also über eine große Mehrheit verfügen und Frankreich in Genf und Lausanne mit aller notwendigen Autorität vertreten können.

In der Kammer wird inzwischen die Bildung der Fraktionen fortgesetzt. Am Mittwochnachmittag tagten die Linksrepublikaner in Anwesenheit von Tardieu, Flandin, Pietri und Rollin. Sie beschlossen, ihre Fraktion für die Abgeordneten der von Maginot gegründeten demokratischen Allianz offen zu halten, die sich wahrscheinlich nicht wieder als Fraktion konstituieren wird. Da auch einige Vertreter des linken Flügels der Gruppe Marin und Mitglieder der Fraktion Franklin-Bouillon den Linksrepublikanern beitreten werden, dürften diese zu einer starken gemäßigten Rechtspartei werden. Der Vorsitz wird wahrscheinlich Tardieu angeboten werden.

Nazifraktion lügt das Blaue vom Himmel herunter

Die Nationalsozialistische Fraktion des Landtages veröffentlicht eine Erklärung zu der Saalschlacht im Landtag. **Diese Erklärung protzt von schamlos verlogenen Angriffen gegen die sozialdemokratische Landtagsfraktion und ihren Vorsitzenden Heilmann.** Die dreisten Lügen gipfeln in der Behauptung, daß Sozialdemokraten sich an der Schlägerei beteiligt hätten und daß die sozialdemokratische Fraktion an einem organisierten schweren Landfriedensbruch teilgenommen habe.

An diesen Behauptungen ist kein Wort wahr. Sie sind glatt aus den Fingern gesogen.

Große Wirkung der Steueramnestie

Ueber zwei Milliarden Mark hinterzogene Vermögen deklariert

Der Steuerausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit Anträgen zur Kapital- und Steuerflucht.

Auf schriftlich formulierte Anträge des Abg. Dr. Hertz (Soz.) teilte Ministerialdirektor Dr. Zarden mit, **daß der Steuerbehörde durch die Steueramnestie 2093 Millionen Reichsmark bisher hinterzogene Vermögenswerte angegeben worden seien.** Außerdem sind nicht unerhebliche Beträge ohne direkte Angaben deklariert worden. Von dem Betrage von 2093 Millionen entfallen 898 Millionen auf ausländische Beteiligungen, die sich auf 873 natürliche und 614 juristische Personen verteilen. 170 Familienstiftungen haben 48 Millionen Vermögenswerte angegeben. An Einkommen sind für das Jahr 1930 132 Millionen nachträglich angemeldet worden. Die Reichsbahnanleihe, die mit einer Amnestie verbunden war, ist bis zum 23. Mai mit 248 Millionen Mark gezeichnet worden. Es läßt sich nicht genau feststellen, wieviel von diesem Betrag wegen der Vergünstigung der Steueramnestie gezeichnet worden ist. Da aber der Zeichnungsbetrag nach dem 26. Mai 1931, dem Tage, an dem die Amnestie abgelaufen war, sehr gering ist, ist anzunehmen, daß der größte Teil des gezeichneten Betrages unter die Amnestie fällt. Erschöpfendes Material über die Reichsfluchtsteuer liegt noch nicht vor. In Berlin sind 126 Fälle zu verzeichnen, für die die Bestimmungen der Reichsfluchtsteuer Geltung erlangt haben. In 51 Fällen ist die Reichsfluchtsteuer festgesetzt worden, in 47 Fällen sind die Kapitalflüchtlinge zurückgekehrt. Die Zahl der Kapitalsteuerflüchtlinge ist aber erheblich größer gewesen. Im ganzen Reich sind bisher zehn Steuersteckbriefe erlassen worden. Die Kapitalflucht ist, wie Ministerialdirektor Jarden feststellt, geringer geworden, man könne annehmen, daß durch die Wirtschaftsschwierigkeiten geflüchtetes Kapital in nicht geringem Umfang inzwischen der inländischen Verwendung wieder zugeführt worden sei.

Der Ausschuß beschäftigte sich nach dem Bericht des Ministerialdirektors Zarden mit einem Antrag auf Verbot von Kopfsteuern. Abg. Dr. Hertz (Soz.) erklärte, die Sozialdemokratie halte nach wie vor Kopfsteuern für unvereinbar mit einem gerechten und sozialen Steuersystem. Die Bürgersteuer habe durch die hohen Zuschläge ihren früheren Charakter verloren, ihre Erhebung belaste die Bevölkerung mit unerträglichen Härten. Eine Aenderung dieses Zustandes sei unbedingt erforderlich. Unter dem Eindruck dieser Kritik wurde vom Ausschuß der Wunsch geäußert, die Debatte in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dietrich fortzusetzen. Auch die Abgeordneten Dr. Hergt (Dnat.), Keinath (D. Vpt.), Dr. Fischer (Staatsp.) und Rupp (Natsoz.) erklärten, daß sie sich mit der Bürgersteuer in ihrer gegenwärtigen Wirkung in keiner Weise befreunden könnten. Die bisherigen Anhänger der Bürgersteuer seien ihre Gegner geworden, weil die Regierung den Charakter der Bürgersteuer durch Staffelung und Erhöhungen grundlegend verändert habe.

Die weitere Debatte über die Kopfsteuer soll am Dienstag in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dietrich fortgeführt werden, der dem Ausschuß mitteilen ließ, daß bis dahin das Kabinett entscheidende Beschlüsse über die Weitererhebung der Bürgersteuer nicht fassen werde.

Kommunisten-Krawalle in Hamburg

Die Hamburger Kommunisten veranstalteten am Mittwoch anläßlich der Bürgerschaftssitzung größere Straßenkundgebungen. Sie versuchten, die Erwerbslosen zu geschlossenen Stoßtrupps gegen die Bannmeile in der Innenstadt anzusetzen. Die Polizei riegelte schließlich mit dem Einsatz sehr starker Kräfte die ganze Innenstadt ab, um eine ungehinderte Durchführung der Parlamentsberatungen zu sichern.

In den frühen Abendstunden kam es auf dem Jungfernstieg und den Hauptgeschäftsstraßen zu ernsten Zusammenstößen. Hier wurden mehrere Schaufenster der größeren Geschäfte eingeschlagen. Vor dem Alsterpavillon ergriffen die Demonstranten Stühle und Tische und schleuderten sie gegen die großen Spiegelscheiben des Lokals. Um die Menschenmenge am Eindringen zu verhindern, nahmen schließlich vier Polizeibeamte mit gezogenem Revolver an den Eingängen Aufstellung. Sie hielten die Angreifer solange in Schach, bis drei Hilfsbereitschaften zur Stelle waren und die Straßen gesäubert werden konnten. 20 Personen wurden verhaftet.

Auch in Dortmund Zusammenstöße

In Dortmund kam es am Mittwoch abend im Zusammenhang mit einer verbotenen Erwerbslosendemonstration zu größeren Ansammlungen in der Innenstadt. Als ein großes Ueberfallkommando zur Säuberung der Straßen vorging, wurde von der Menge Widerstand geleistet. Ein Polizeibeamter wurde niedergeschlagen und schwer verletzt. Ein Polizist erhielt einen Streifschuß aus einer Pistole. Gegen 10 Uhr abends war die Ruhe wieder hergestellt.

Wie die Nazis ihre Wähler verraten

Naziabgeordneter erklärt offen, daß sie ihre Wähler betrügen

Schade, daß es keine Möglichkeit gibt, allen deutschen Wählern ein Stenogramm aus den Verhandlungen des Landtages zu Mecklenburg-Strelitz in die Hand zu drücken. Das Dritte Reich wäre zu Ende, noch ehe es begonnen. Kein Sterbenswort in der sonst so redelustigen Nazipresse über die Naziherrschaft, über den Etat und über die Reden der „nationalen Regierung" von Strelitz. Wir wissen warum, denn den Jüngern des Herrn Hitler würden die Augen aufgehen und überlaufen. **Was sich da an Posteninkasso, an Verschleuderung von Staatsvermögen, an sozialer Reaktion und Erdrosselung der Gemeinden, an Gehaltskürzung für die Beamten und neuen Steuern abspielt, das ist so ungeheuerlich, daß es kaum zu glauben wäre, hätten wir es nicht schwarz auf weiß.** Das Schlimmste jedoch ist der Zynismus, mit dem diese Taten von den Nazis verteidigt werden. Es genügt, wenn wir aus der im Strelitzer Landtag gehaltenen Etatsrede des Nationalsozialisten und Staatsrates v. Lingelsheim folgende Sätze zitieren:

„Die Beihilfen an die römisch-katholischen Pfarrgemeinden sind zu streichen. Wer uns bekämpft soll dafür auch die Kosten aufbringen ... Man hat unsere Landwirtschaftsanträge kritisiert und gesagt, wir hätten im Lande vor den Wahlen etwas anderes versprochen. Man muß aber in der Entwicklung einer politischen Bewegung zweierlei unterscheiden: Erstens, die Vorbereitung der Volkspsyche und zweitens, die Anpassung an die realen Möglichkeiten ..."

Zynischer und offener hat noch keiner von den Volksbetrügern sein schmutziges Handwerk so offen dargelegt, wie dieser Naziminister und seine Helfershelfer von Strelitz. Deutschland erwache!

Die Nazis fabrizieren Bomben

Vorzeitige Explosion einer Bombe — Ein Schwerverletzter

In Werdau bei Zwickau ereignete sich eine gewaltige Detonation, die auf eine Explosion einer provisorisch hergestellten Sprengbombe zurückzuführen ist. **Der Hersteller der Bombe ist der Nationalsozialist und ehemalige SA.-Mann Trenkmann.**

Die Werdauer Polizei berichtet über das Explosionsunglück wie folgt: „Am Dienstag kurz vor 14 Uhr ereignete sich in Werdau in einer Wohnung des unteren Stadtteils ein schweres Explosionsunglück, wobei der 23 Jahre alte Arbeiter T. schwer verletzt wurde. Den ersten Augenzeugen des Unglücks bot sich bei Betreten der mit Pulverrauch angefüllten Wohnstube ein trauriges Bild. Der bis zur Unkenntlichkeit von Brandwunden und über und über mit Blut bedeckte Schwerverletzte stand bei vollem Bewußtsein vor dem Sofa, wobei er mit der linken Hand den rechten Arm, von dem die Hand vollständig abgerissen war, umfaßte. In seiner Verzweiflung rief er seinen Helfern und Freunden wiederholt zu: doch seinem Leben ein Ende zu machen. Besonders schwere Verletzungen hatte der Verunglückte im Gesicht erlitten. Er wurde sofort in das Stadtkrankenhaus übergeführt.

Durch die Sprengwirkung wurden die Fenster vollständig zertrümmert, ferner Wände, Diele, Tür, Sofa, Bilder usw. durch die zur Explosion gebrachten Sprengstoffe stark zerlöchert, bezw. beschädigt. Die bisherigen polizeilichen Ermittlungen über die Ursache des Unglücks haben folgendes ergeben:

Der Verletzte befand sich kurz vor und während der Explosion ganz allein in der Wohnstube, während sich um diese Zeit in der nebenan gelegenen Küche nur seine Stiefmutter aufhielt. Die Mitwirkung einer anderen Person an dem verhängnisvollen Ereignis kommt von vornherein nicht in Frage. **Nach den am Tatort festgestellten Beweismitteln hatte der Verunglückte eine Blechbüchse mit Pulver und einer größeren Anzahl scharfer Pistolenpatronen, Kaliber 7,65 mm gefüllt und auf diese Weise eine provisorische Sprengbombe hergestellt. Der Verletzte verweigerte sogar seinen Freunden gegenüber jede Auskunft über die Ursache des Unglücks. Ebenso haben auch die Ermittlungen über die Herkunft der verwendeten Sprengstoffe noch zu keinem Ergebnis geführt.**

Bei der vorgenommenen Operation des Verletzten machte sich u. a. die Amputierung des rechten Oberarms sowie die Entfernung des rechten Auges notwendig."

Soweit der Polizeibericht. **Dieser überaus bedauerliche Unglücksfall läßt mit aller Sicherheit darauf schließen, daß in den Reihen der Nationalsozialisten verhetzte und bürgerkriegswütige junge Menschen sich weitgehend mit der Anfertigung derartiger Mordwerkzeuge beschäftigen.** Es wäre interessant, festzustellen, wo die Quellen zu suchen sind, aus denen das Sprengmaterial an die Nationalsozialisten geliefert wird. Von der Staatsanwaltschaft verlangt die Oeffentlichkeit — und das liegt nicht zuletzt im Interesse der Staatssicherheit — eine eingehende Untersuchung dieser Angelegenheit.

Aeltestenrat des Reichstages tagt

Der Aeltestenrat des Reichstags ist für Dienstag, den 31. Mai, 17 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Frage der Einberufung des Reichstags.

Reichsrat und die weiblichen Beamten

Der Reichsrat stimmte am Mittwoch dem kürzlich vom Reichstag angenommenen Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten zu.

Das Gesetz im Falle der Verheiratung jedem weiblichen Beamten, aber auch der Dienstbehörde das Recht zu unbefristeter Kündigung des Dienstverhältnisses. Für die Behörde ist das Kündigungsrecht an die Voraussetzung geknüpft, daß die Versorgung der ausscheidenden weiblichen Beamtin gesichert ist. Die Ausscheidenden erhalten eine Abfindung, deren Höhe sich nach der Dienstzeit richtet.

In den Reichsratsausschüssen waren von verschiedenen Seiten schwere Bedenken gegen einzelne Vorschriften, insbesondere gegen die Höhe der Abfindungssummen und dagegen erhoben worden, daß auch bei freiwilligem Ausscheiden an nur kündbar angestellte Beamtinnen Abfindungen gewährt werden sollen. Es wurde betont, daß die beträchtlichen Aufwendungen, die das Gesetz dem Reich verursache, bei der gegenwärtigen Notlage des Reichs besonders drückend empfunden werden müßten. Trotzdem wurde Einspruch nicht erhoben.

Die Kommunisten revanchieren sich

Zusammenstöße in Berlin

Im Anschluß an die Vorgänge im Preußischen Landtag versuchten Kommunisten am Mittwoch abend an mehreren Stellen der Reichshauptstadt zu demonstrieren. Die Polizei schritt wiederholt gegen die Demonstranten ein. In sieben Fällen kam es dabei zu ziemlich schweren Zusammenstößen. Die Polizei machte wiederholt von dem Gummiknüppel Gebrauch. Außer diesen Zusammenstößen mit der Polizei waren auch solche zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu verzeichnen. Zahlreiche Personen wurden verletzt; zwanzig wurden von der Polizei festgenommen.

• • •

Am 13. Mai wurde in Berlin-Lichtenberg auf ein nationalsozialistisches Verkehrslokal ein Feuerüberfall verübt. Eine Person wurde getötet, vier Personen schwer verletzt. Als mutmaßliche Täter des Ueberfalls sind am Mittwoch fünf Kommunisten verhaftet worden. Sie werden im Laufe des heutigen Tages Zeugen gegenübergestellt und dann dem Richter zur Entscheidung über den Haftbefehl überantwortet werden.

Auch in Danzig Schlägerei im Volkstag

Danzig, 26. Mai. (Eig. Funkbericht.)

Im Danziger Volkstag kam es am Mittwoch zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Als der nationalsozialistische Abgeordnete Greiser, der sich angeblich durch Erklärungen von sozialdemokratischer Seite beleidigt fühlte, drohend auf einen sozialdemokratischen Abgeordneten zuging, kam dieser dem Naziraufbold zuvor und versetzte ihm einen heftigen Stoß vor die Brust, so daß der Nazi gegen die Rednertribüne zurücktaumelte. Sofort liefen zahlreiche Abgeordnete zusammen, um ihrem Fraktionskollegen zur Seite zu stehen. Ehe größeres Unheil angerichtet werden konnte, gelang es besonnenen Elementen, die streitenden Parteien auseinanderzureißen.

Kleine Breslauer Nachrichten

Feier des Krüppelfürsorgevereins

Die Feier des 20jährigen Bestehens des Vereins findet erst am kommenden Montag statt.

Kein unabgekochtes Oderwasser verwenden!

Nachdem die Bade- und Wassersportsaison auf der Oder eingesetzt hat, wird amtlich vor jeder Verwendung von unabgekochtem Oderwasser zum Genuß von Speisen oder zum Spülen von Eß- und Trinkgefäßen gewarnt, da unabgekochtes Oderwasser in hohem Maße gesundheitsschädlich ist. Wer unabgekochtes Oderwasser zur gewerbsmäßigen Herstellung von Speisen und Getränken oder zum Spülen von Eß- und Trinkgefäßen benutzt, macht sich strafbar.

Hebammenlehrgang

Bei der Provinzial-Hebammenlehranstalt und Frauenklinik in Breslau 13, Kronprinzenstraße 23/25, beginnt am 1. Oktober 1932 ein neuer achtzehnmonatiger Hebammenlehrgang. Aufnahmebedingungen werden von der Direktion der genannten Anstalt und von dem Landeshauptmann von Niederschlesien in Breslau 2, Landeshaus, Büro 2, ausgegeben.

Umleitung der Kraftpost Breslau—Herrmannsdorf—Schalkau.

Die Lohebrücke zwischen Breslau—Mariahöfchen und Breslau—Neukirch wird vom 26. Mai ab auf die Dauer von voraussichtlich drei Monaten wegen Umbau gesperrt. Die Kraftpost Breslau—Herrmannsdorf—Schalkau wird vom Striegauer Platz durch die Frankfurter Straße, Bebelstraße, Deutsch-Lissaer Straße nach Breslau-Neukirch umgeleitet. Die Abfahrtzeiten sämtlicher Fahrten bleiben die gleichen. Von den Fahrten der Kraftpost Breslau—Herrmannsdorf wird die Fahrt 12,15 Uhr ab Ring und 13,29 Uhr ab Breslau—Neukirch über Mariahöfchen und Schmiedefeld umgeleitet. Weitere Verbindungen für Mariahöfchen werden dadurch geschaffen, daß die Fahrten der Kraftpost Breslau—Keulendorf durch den Ortsteil Mariahöfchen geführt werden. Das Nähere ist aus den Hinweisen an den Haltestellen zu ersehen.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Stadttheater. Heute 20 Uhr „Hoffmanns Erzählungen" von Offenbach. Morgen 20 Uhr (Abonn.-Vorst. C 16) „Spiel oder Ernst?", Dazu „Coppelia". Sonnabend 18 Uhr (Abonn.-Vorst. G 17) „Tristan und Isolde". Sonntag 14,30 Uhr „Die Blume von Hawaii", der sensationelle Operetten-Erfolg. 20 Uhr „Die verkaufte Braut", Smetanas mit stürmischem Beifall aufgenommene komische Oper. Montag 20 Uhr „Das Herz".

Lobetheater. Nur noch Donnerstag und Freitag 20.15 Uhr Wiederholungen des großen Schauspielerfolges „Gestern und heute" von Christa Winsloe. Inszenierung: Martin Magner. Mitwirkende: Das Damenpersonal. Ab Sonnabend täglich 20,15 Uhr der große Lustspielerfolg „Marguerite : 3" von Fritz Schwiefert. Inszenierung: Harry Wilton.

Thaliatheater. Nur noch Donnerstag und Freitag 20.15 Uhr „Der Tag I". Schauspiel von Maxim Ziese. Inszenierung: Martin Magner. Darsteller: Das Herrenpersonal. Ab Sonnabend täglich 20,15 Uhr der stürmische Heiterkeitserfolg „Weekend im Paradies", Schwank von Arnold und Bach.

Südpark-Konzerte der Schlesischen Philharmonie. Morgen 20 Uhr findet das 2. Südpark-Konzert unter Leitung von Hermann Behr statt. Aus dem Programm: Beethoven: Sinfonie Nr. 7 in A-dur; Mendelssohn: Aus der Musik zu Shakespeares „Sommernachtstraum"; Mozart: Eine kleine Nachtmusik. — Karten zu 0,50 RM., sowie Sechserkarten zu 2,30 RM. sind an der Abendkasse und täglich von 9—14 und 17—19 Uhr in der Geschäftsstelle der Schlesischen Philharmonie (Stadttheater) erhältlich.

Familien-Anzeigen

Am 25. Mai verschied nach langem, schwerem mit großer Geduld ertragenen Leiden meine liebe Gattin

Olga Preuß
geb. Scholz

im Alter von 40 Jahren.

In tiefstem Schmerz:

Grüneiche, den 26. Mai 1932

Paul Preuß und Anverwandte

Beerdigung: Sonnabend, den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem Grüneicher Friedhof.

Am 23. Mai entschlief nach langem, schwerem Leiden mein nimmermüder, guter Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Preßmeister
Karl Feuchtinger

im Alter von 60 Jahren.

Breslau, Westendstr. 8, den 26. Mai 1932.

Auguste Feuchtinger, geb. Peschel
nebst Angehörigen.

Beerdigung: Sonnabend, den 28. Mai, nachmittags 3 Uhr, auf dem St. Nikolaifriedhofe in Cosel. 1585

Gesamtverband der Arbeitnehmer
Abteilung Handelsgewerbe

Am Montag, dem 23. Mai 1932, verstarb unser wertes Mitglied, der Handelshilfsarbeiter

Walter Nimser

im Alter von 19 Jahren.

Ehre seinem Andenken! 1633

Die Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, 26. Mai, 16.30 Uhr, von der Halle des Luther-Friedhofes in Zimpel.

Am 22. Mai 1932 verschied durch Unglücksfall unser jüngster Sohn

Alfred Herrmann

im Alter von 17 Jahren.

Breslau, Paradiesstraße 23, den 26. Mai 1932
Zduny, Ring 171 6483

Die tieftrauernden Eltern, Geschwister und Anverwandten.

Beerdigung Freitag, 27. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dürrgoyer Friedhofes.

Pfänder-Versteigerung.

Am 2. Juni 1932, vormittags von 9 Uhr ab, findet in unserem Versteigerungsraum

Berliner Platz 2

die öffentliche Versteigerung der nicht eingelösten Pfänder, gelbe Scheine bis Nr. 45 000 (Möbel, Fahrräder, Betten, Wäsche, Anzüge etc.) statt. Bietungskaution Rm. 10.—. Verlängerungen, von zur Versteigerungen fälligen Pfändern, erfolgen an den beiden letzten Tagen vor der Versteigerung nicht. — Ueberschüsse aus den versteigerten Pfandgegenständen können innerhalb eines Jahres im Hochhaus, am Ring 9/11, Zimmer 308, abgeholt werden, andernfalls diese in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen.

Breslau, den 25. Mai 1932. 1651

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H. Schubert.

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54
Heute Donnerstag: **Ball** • Herren u. Damen engagieren!

Packer-Blusen
Kleidung für alle Berufe
für wenig Geld bei
Oskar Dehmel
Breslau Neumarkt

Uhren u. Goldwaren
Spezialität: 1167
Fugenlose Trauringe
Paul Alter Kupferschmiedestraße 17, Neben Kaiserhof?

Bettfedern
kaufen Vertrauenssache streng reell u. preiswert in der Böhmischen Bettfedern-Niederlage
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.
Kein Laden! 9531

Proletarier! Benützt die Hindernisse der Sprachenbarriere! Lernt die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

STADTTHEATER
Donnerstag, 20 bis 22.45
Hoffmanns Erzählungen
Freitag, 20 bis 22.45
Abonn.-Vorstellung C 16
Spiel oder Ernst? Coppelia
Sonnabend, 18 bis 22.30
Abonn.-Vorstellung G 17
Tristan und Isolde

LOBETHEATER
Donnerstag, Freitag, 20.15—22.10
Gestern und heute
Sonnabend 20.15 und täglich
Marguerite : 3

THALIATHEATER
Donnerstag, Freitag, 20.15—22.15
Der Tag I.
Sonnabend, 20.15 u. täglich
Weekend im Paradies

Kleine Anzeigen
Das Wort 15 Pfennige. Das fettgedruckte Wort 25 Pfennige.

2-Röhr.-Batteriegerät, ohne Röhren, Lautsprecher, 2 Akku, Kopfhörer, Spulen, zusammen nur 15 RM. und Schrebergarten, 269 qm. mit Wohnlaube zu verkaufen Dreslerstraße 4, III., W. 1652

Vom Abbruch
Bretter, Kanthölzer, Fenster, Türen usw. zu verkaufen.
Walter, Gräbschener Str. 262

Inserate erzielen in dieser Zeitung größten Erfolg

Kauft nur im 1175
Fahrradhaus Sieg
Neumarkt 19, neben Barasch
Sieg ist billig!
Decken ab 1.35, Pedale ab 0.75, Kette ab 0.65, engl. Lenker ab 1.50, Rücktrittfreilauf kompl. ab 5.95, Rotax-Rennabe ab 1.95, Rahmen kompl. ab 13.95, Rennr. gemufft 25.—, Räder kompl. m. Freilauf ab 46.50
Genossen erhalten 5% Rabatt!

DR. HELMUT KLOTZ

Der von nationalsozialistischen Abgeordneten feige überfallene sozialdemokratische Journalist und Schriftsteller H. Klotz ist der Verfasser der von den Nazis aufs ärgste gehaßten Broschüre:

»Hitlers Sozialismus«

die zum Preise von **10** Pfennig in der Buchhandlung Breslau, Flurstr. 4, erhältlich ist

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Ludwig; für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Fränkelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Breslauer Nachrichten

Euch Eltern geht es an

Am 12. Juni sind Elternbeiratswahlen!

Dazu ist folgendes zu beachten: Dem in einer Eltern-Versammlung gewählten Wahlvorstand ist bis zum 1. Juni eine Kandidatenliste mit dem

Kennwort „Liste Schulfortschritt"

einzureichen. Die Liste muß 20 Unterschriften (mit Wohnung) haben. Die Aufstellung ist Sache der Distrikte oder Abteilungen. Ist in einer Schule eine Einheitsliste mit unseren Genossen zustande gekommen, braucht eine besondere Liste nicht eingereicht werden; wenn mehrere Listen in Frage kommen, muß jeder Genosse (in) am 12. Juni in die Schule wählen gehen! Eltern, nehmt die Sache ernst, unsere Gegner sind schon stark aktiv! Das Beste ist natürlich, wenn die Genossen ihre Kinder in die weltlichen Schulen schicken. Wer es vergessen hat, tue es am 1. Oktober. Gerade heute, wo so viele Lehrer nach rechts ausschlagen, ist das von besonderer Wichtigkeit. Unsere Kinder gehören in eine freie Schule!

Wer das aber nicht tun kann, muß erst recht dafür sorgen, daß in jeder konfessionellen Schule auch unsere Elternbeiräte sitzen!

Darum auf zur Arbeit!

Jeder Genosse wählt

„Liste Schulfortschritt"!

Die Beihilfen für den Magistrat

Der Magistrat gibt eine wenig überzeugende Antwort

Auf die gestern durch die Presse gegangenen Mitteilungen und auch bei uns veröffentlichten Mitteilungen über die Beihilfen für die besoldeten Magistratsmitglieder gibt nun der Magistrat über das Städtische Pressecamt folgende Erklärung:

„Während bekanntlich die Beamtenschaft im allgemeinen durch die verschiedenen Notverordnungen der letzten beiden Jahre Gehaltskürzungen in Höhe von 22 bis 23 v. H. der Besoldungsordnung vom Jahre 1927 erfahren hat, sind die Bezüge der Magistratsmitglieder (Stadträte) Preußens durch die Notverordnungen mindestens um 42 v. H., vielfach aber noch um einen höheren Prozentsatz, gekürzt worden. Wegen dieser weitgehenden Kürzung und der durch sie verursachten Rechtsverletzung haben zahlreiche Magistratsmitglieder anderer Städte — Breslau ausgenommen — den Klageweg beschritten. Diese Tatsache sowie die anerkannte Härte, die in einer so weitgehenden und fühlbaren Kürzung der Besoldung liegt, haben das preußische Innen- und Finanzministerium veranlaßt, den Magistratsmitgliedern Preußens einen Ausgleich von 10 v. H. der gekürzten Besoldung zu gewähren, so daß hiernach noch immer eine Kürzung der Besoldung von mindestens 32 v. H. bestehen bleibt. Obwohl der Deutsche Städtetag diese Regelung als keine annehmbare Beseitigung des den Magistratsmitgliedern (Stadträten) zugefügten Unrechts ansieht und deswegen Einspruch erhoben hat, haben sich die besoldeten Magistratsmitglieder in Breslau mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse mit dieser Regelung abgefunden und von weitergehenden Maßnahmen Abstand genommen. Diese Regelung stellt mithin nicht ein „Geschenk der Staatsregierung" an den Magistrat in Breslau dar, sondern sie bedeutet lediglich eine gewisse Milderung der anerkannterweise für die Magistratsmitglieder Preußens ganz besonders harten Bestimmungen und Auswirkungen der Notverordnungen."

* * *

Diese sehr diplomatisch und vorsichtig gefaßte Erklärung des Magistrats kann uns — obgleich in ihr manches richtig gestellt wird — durchaus nicht befriedigen. Wir haben nicht bestritten, daß die Gehälter der Magistratsmitglieder, also der für befristete Zeit in ihr Amt berufenen Wahlbeamten viel schärfer angefaßt wurden als die der übrigen Beamten. Wir erinnern uns aber noch genau an die früher einmal geführten Verhandlungen und Diskussionen über die Höhe der Magistratsgehälter, die man nicht gerade als sehr niedrig ansprechen konnte. Wenn man es nun seinerzeit für richtig und notwendig befunden hat, hier eine solche Kürzung vorzunehmen, so ist es wirklich nicht verständlich, warum gerade in der jetzigen Zeit, wo überall bereits wieder weitere Kürzungen in Aussicht stehen, hier eine „Wiedergutmachung" erfolgen soll. Der heute so arg in seiner Lebenshaltung beschnittene Lohn- und Gehaltsempfänger kann eine solche Maßnahme, möge sie auch rechtlich noch so gut begründet sein, nicht verstehen. Im übrigen besagen die mitgeteilten prozentualen Kürzungen wenig, wenn man nicht die absoluten Zahlen der Magistratsgehälter kennt. Schon rein psychologisch gesehen war es jetzt die ungünstigste Zeit, mit solchen Vergütungen zu kommen.

Wie wir von anderer Seite erfahren, ist ein solcher Beschluß vor ungefähr 14 Tagen im Magistrat gefaßt worden. Selbstverständlich haben die besoldeten Magistratsmitglieder, da es ihre eigene Angelegenheit betraf, hierbei nicht mitgestimmt. Der Beschluß soll einstimmig also von den Saplern bis zu den Deutschnationalen beziehungsweise zu den angehenden Nationalsozialisten von den unbesoldeten Stadträten gefaßt worden sein. Im Gegensatz zu früheren Sitzungen ist diesmal die Vertraulichkeit dieser Sitzung nicht erklärt worden.

Bereits morgen wird eine Fraktionssitzung unserer Partei stattfinden, um zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Am Montag wird eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung über diese Frage beraten. Auf die rechtlich-sachliche Seite dieser Affäre werden wir noch in einem besonderen Aufsatz zu sprechen kommen.

Lohnverhandlungen für die Gemeindearbeiter vertagt

Die für kommenden Montag angesetzten Lohnverhandlungen finden nicht statt, da zunächst noch einmal zentral in Berlin verhandelt werden soll. Es ist damit zu rechnen, daß über den 1. Juni hinaus eine kurzfristige Verlängerung der Lohntarife erfolgt.

Arbeitslosigkeit im Dienste raffinierter Betrüger

Gemeinste Gaunereien an den Aermsten der Bevölkerung

Wie arbeitshungrigen Erwerbslosen die letzten Pfennige aus den Taschen gelockt werden

„Reichsverband deutscher Erwerbsloser" als Firmenschild einer Betrügerklique, der die Polizei schleunigst das Handwerk legen sollte

Es vergeht kein Tag, an dem nicht irgendein neuer Gaunertrick auftaucht und Dumme findet, die darauf hereinfallen. So lange sich Menschen finden, die es sich leisten können, von einem Betrüger übers Ohr hauen zu lassen, kann man sich nur mit Warnungen begnügen. Anders wird die Sache schon, wenn Elemente auftauchen, die einen allgemeinen Notstand ausbeuten und Arbeitslosen, die alle Wege gehen, nur um ein bißchen Arbeit zu finden, die letzten Pfennige aus der Tasche locken.

Eine solche gemeingefährliche Tätigkeit wird seit Wochen in Breslau betrieben und wir sind heute in der Lage, die Oeffentlichkeit über das Treiben einer Clique zu unterrichten, die sich unter dem Deckmantel des Mitgefühls für die Opfer der Wirtschaftskrise an die Aermsten unter unseren Breslauer Volksgenossen herangemacht hat und unverständlicherweise noch weiter heranmachen kann, weil es die Staatsanwaltschaft noch nicht für notwendig erachtete, mit eiserner Hand zuzugreifen.

Wurde da vor einiger Zeit ein „Reichsverband deutscher Erwerbsloser" gegründet, der sich den pompös klingenden Untertitel „Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" zulegte. Eine besondere Rolle in diesem Verbande spielt ein gewisser Paul Herrmann, der sich als Tiefbauunternehmer ausgibt und als Leiter des „Büros für Ausführung von Landeskulturen und Tiefbauarbeiten des Reichsverbandes deutscher Erwerbsloser" vorstellt.

Anfang April veranstaltete diese Organisation eine Mitgliederversammlung im Lokal „Stadt Freiburg" in der Siebenhufener Straße, in der nach einer verteilten Einladung über Verhandlungen mit der Regierung, mit dem Internationalen Arbeitsamt in Genf (!!!) und der Handelskammer Paris (!!!) berichtet werden sollte. Weiter kündigten die Einlader an, daß es möglich sein werde, demnächst 160 Menschen in den Arbeitsprozeß einzureihen und daß dabei selbstverständlich zuerst diejenigen berücksichtigt würden, die bis zum Versammlungstage ihre Beiträge voll bezahlt und regstes Interesse für den Verband bekundet haben.

Man kann sich vorstellen, daß mancher Arbeitslose, der seit Monaten oder Jahren den Weg zur Stempelstelle gehen muß, endlich eine neue Hoffnung schöpft und sich von seinen letzten Pfennigen den Beitrag für diese Arbeitsbeschaffungsorganisation abhungert, nur um sich dadurch eine Anwartschaft auf diese angekündigte Arbeit zu sichern.

Besagter Bauunternehmer Herrmann kündigte seinen Mitgliedern auch einen Straßenbau in der Nähe von Brockau an, der am 22. April begonnen werden sollte und zu dem 26 Arbeitslose benötigt würden. Gutgläubig meldeten sich die Auserwählten beim Arbeitsamt ab und zahlten nochmals 5 Mark und mehr, weil von der Berufsgenossenschaft angeblich ein Versicherungsvorschuß verlangt würde (??), ehe mit den Arbeiten begonnen werden könnte. Die armen, mit Hoffnungen erfüllten Menschen sind heute nach einigen Wochen inzwischen darüber belehrt worden, was es mit dieser Arbeit auf sich hatte. Sie sind nicht nur ihr Geld los geworden, sie hatten auch Schwierigkeiten, als sie erkannten, daß sie einem Betrüger in die Hände gefallen waren und ihre Unterstützung neu beantragen mußten. Einen der Arbeiter hat man sogar aus der Notstandsarbeit herausgelockt.

Wie wir hören, soll sich nach dieser Begaunerung von 26 Breslauer Arbeitslosen das Arbeitsamt für den mehr als mysteriösen „Reichsverband" etwas näher interessiert haben. Es erscheint auf den ersten Blick aber nicht sehr einfach, die Verbandsverhältnisse zu durchschauen. Der Vorsitzende des Vereins, ein gewisser Richard Fassonge aus der Mollwitzer Straße, und ein anderes Vorstandsmitglied namens Flechner aus der Sonnenstraße, sollen den Gauner Herrmann aus dem Verbande hinausgeworfen haben, während Herrmann seinerseits wieder den Mitgliedern erzählt, daß Fassonge und Flechner ihrer Aemter enthoben worden seien.

Endlos ist die Kette der Schwindeleien, mit denen der Nichtbeginn der Arbeit auf dem Brockauer Wege begründet wurde, um die betrogenen Arbeitslosen nicht merken zu lassen, daß sie begaunert wurden. Da sollte die Arbeit einmal verschoben werden, weil vor den Wahlen alles zwecklos wäre, da die begonnene Arbeit am Wahltage durch den starken Verkehr doch wieder eingestampft würde. Dann sollte das Geld, das man den Arbeitslosen abgenommen hatte, beim städtischen Tiefbauamt eingezahlt worden sein. Nach einer anderen Version sollte es zum Ankauf von Baustoffen verwandt werden. Bemerkenswert ist bei allen diesen Schwindelgeschichten, daß Herrmann verschiedentlich auch Mitteilungen des städtischen Tiefbauamtes vorwies, die einen Dienststempel trugen, während Rückfragen bei dieser städtischen Stelle immer ergaben, daß sie mit Herrmann nicht das Geringste zu tun hätte.

Mit welcher Frechheit man zu Werke geht, wird durch einen anderen Fall illustriert. Da ließ Herrmann an der Breitenbachfahrt Vermessungen vornehmen und erzählte seinen immer noch gläubigen Mitgliedern, daß ihm von der Wasserbauverwaltung der Bau einer Verladerampe übertragen worden sei. Wieder schöpften einige Mitglieder neuen Mut, bezahlten weiter ihre Beiträge, und wer sich bei der Wasserbauverwaltung vorsorglich einmal erkundigte, der mußte erfahren, daß trotz aller Vermessungen jedes Wort über diesen Arbeitsplan aus den Fingern gesogen war.

Inzwischen sollen sich die Prominenten des „Reichsverbandes deutscher Erwerbsloser" gegenseitig angezeigt haben. Dessen ungeachtet soll aber Herrmann sogar die Stirn besessen haben, dem Arbeitsamt in Breslau mitzuteilen, daß er sich wegen der Einziehung von Erkundigungen beschwerdeführend an die Dienstaufsichtsbehörde wenden werde.

Es wird allerhöchste Zeit, daß die Gaunergesellschaft, die sich die Bereicherung an arbeitshungrigen Erwerbslosen zum Ziele gesetzt hat, auf dem schnellsten Wege hinter Schloß und Riegel kommt.

Den Arbeitslosen, deren Streben, Arbeit zu erhalten, menschlich nur zu verständlich ist, zeigt aber das Gebaren dieses „Reichsverbandes" wieder einmal ganz klar, wie vorsichtig man gegenüber Arbeitsversprechungen sein muß von Leuten, die sich ganz plötzlich an die Aermsten heranmachen und ihnen etwas von Beschäftigung und Verdienst vorgaukeln, um ihnen mit dieser Fata Morgana schnell ein paar Mark abzunehmen.

Es hat sich schon in Tausenden von Fällen bewiesen, daß die Gewerkschaften die wirklichen und vor allen Dingen auch einflußreichsten Interessenvertretungen sind, die auch für alle ihre arbeitslosen Mitglieder eintreten, trotz allen Geschreies von den Bonzen, mit dem Nazis, Kozis und ähnliche Gestalten wie in jenem „Reichsverbande" hausieren gehen. Freilich gibt es für Besserwisser kein anderes Mittel als eigene Erfahrung, aber wer Angelegenheiten, wie die erörterte, einmal zu durchdenken versteht, der wird solchen über Nacht auftauchenden „Reichsverbänden" nicht einfach auf die Leimrute kriechen, die sie mit Geschick und geheucheltem Mitleid gerade an den Stempelstellen auslegen.

Sapler lügen weiter

ihr Stadtverordneter, Betriebsrat Schwarz, will von solchen Methoden seiner Partei nichts wissen

Wir haben erst gestern hier gegen die Methoden der Sapler entschieden Stellung nehmen müssen und uns dagegen verwahrt, daß wir es mit verschuldet haben, daß die letzte Stadtverordnetensitzung aufgeflogen ist. An den Zahlen der Abstimmung, die jeder Sapler-Stadtverordnete ebenfalls wußte, haben wir nachweisen können, daß es wirklich nicht unsere Schuld war, daß diese Sitzung keine Abstimmung brachte. Trotz alledem lügt die SAZ. weiter und behauptet wieder in ihrer gestrigen Ausgabe in fetter Ueberschrift, daß Bürgertum und SPD. diese Anträge gegen weitere Verschlechterung der Gemeindearbeiterlöhne sabotiert haben. Der Grund solcher Verleumdung wird am Schlusse des Artikels klarer, wo man sich an die Arbeiter der städtischen Betriebe wendet, sich nur an die so tüchtige und allein Arbeiterinteressen vertretende SAP. zu halten.

Aus diesem Grunde hat sich unser Fraktionsvorstand veranlaßt gesehen, die Zustimmung unserer Stadtverordneten zu dem Antrag der Sapler auf Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung zurückzuziehen, da ein ehrliches Zusammenarbeiten nach diesen demagogischen Angriffen nicht gewährleistet ist. Es ist darum von unserer Seite auf andere Weise veranlaßt worden, daß eine außerordentliche Sitzung bereits am Montag abgehalten wird.

Wie man über solche Kampfesweise bereits in den Reihen der eigenen Saplergenossen denkt, konnte man in der gestrigen Versammlung der Gemeindearbeiter erfahren, wo sich der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates der städtischen Arbeiter Schwarz gegen diese Methoden seiner Zeitung wandte und solche Ausführungen für falsch erklärte. Er betonte u. a., daß er für seine Person dafür sorgen wolle, daß eine solche Verdrehung der Tatsachen nicht mehr vorkomme. Wird er damit viel Glück haben?

Räuber in einer Färbereifiliale

Am hellen Tage eine Filialleiterin niedergeschlagen und 40 Mark aus der Kasse geraubt

In einer im Hause Bohrauerstraße 95 befindlichen Färbereifiliale der Firma Berrens erschien gestern vormittag gegen 8,30 Uhr ein Mann und bat in seiner Wohnung in der Kantstraße 69a einen Anzug zur Reinigung abholen zu lassen. Die Filialleiterin Hildegard Rademacher sagte dem Kunden auch Erledigung des Auftrages zu und schickte das bei ihr tätige Laufmädchen zur Abholung des Anzuges fort. Es kam aber unverrichteter Sache zurück, da es in dem Hause eine Wohnung mit dem angeblichen Namen des Mannes nicht gefunden hatte.

Gegen 10 Uhr erschien der Mann zum zweiten Male in der Filiale, frug, warum sein Auftrag noch nicht erledigt worden sei und als ihm die Filialleiterin erklärte, daß er ja dort garnicht aufzufinden gewesen sei, gab er an, bei Bewohnern namens Schreiber zu wohnen. Nach dieser Angabe sagte sie ihm zu, nochmals hinzuschicken. Als gegen 11 Uhr das Laufmädchen den Laden verlassen hatte, um nochmals nach der Kantstraße zu gehen, erschien der 20 bis 25 Jahre alte Mann nochmals, um sich zu erkundigen, ob schon in seine Wohnung geschickt worden sei. Dies erhielt er bestätigt, worauf er erwiderte, daß jemand zu Hause wäre. Dann fing der Kunde plötzlich eine Unterhaltung mit der Filialleiterin an und während er sie noch fragte, ob sie denn so allein keine Angst in dem großen Laden habe, schickte er sich schon an, hinter den Ladentisch zu treten. Das Mädchen verneinte und forderte ihn auf, zurückzugehen, worauf er zuschlug, bis die Filialleiterin zusammenbrach. Sodann räumte er die Kasse aus, in der sich 40 Mark Hartgeld befanden.

Kurze Zeit nach der Tat betrat eine Frau den Laden, die die niedergeschlagene Verkäuferin auffand und Personen zur Hilfe herbeirief. Der Räuber hatte aber inzwischen verdusten können.

Soweit sich von der später informierten Polizei feststellen ließ, war der Räuber mit einem grauen Noppenstoffanzug bekleidet und trug eine blaue Schirmmütze mit Lackschild.

Parteigenossen!

Denkt Ihr daran

daß die Werbewoche der Sozialdemokratischen Partei mit allem Eifer gefördert werden muß?

Wißt Ihr

daß noch Tausende gleichgültige, politisch noch unerfahrene Arbeiter für die starke Sozialdemokratie gewonnen werden können?

Besinnt Euch darauf

daß der Faschismus Euch zu Sklaven machen will!

Heute noch werbt für Partei und Presse und stärkt die Reihen der kampferprobten Sozialdemokratie!

Mord im Odertor noch ungeklärt

Ergebnisloser Verlauf einer Razzia

Das Verbrechen in der Schleiermacherstraße ist bisher noch nicht aufgeklärt worden. Die umfangreichen Arbeiten der Mordkommission sind bisher noch ohne Erfolg geblieben und wenn auch verschiedenen Spuren nachgegangen wird, so wird darüber vorläufig noch Stillschweigen bewahrt.

Durch die weiteren Zeugenvernehmungen ist inzwischen auch ein veränderter Sachverhalt bei der Rückkehr der ermordeten Frau von ihrem Besorgungsgange festgestellt worden. Zunächst ging aus den Angaben von Hausbewohnern nur hervor, daß man Frau Schubert ins Haus habe gehen sehen. Sie ist aber nicht gleich in ihre Wohnung, sondern erst in den Garten gegangen.

Kurze Zeit später haben Hausbewohner einen jungen Mann gesehen, der im Hochparterre die Namensschilder las und dann in das erste Stockwerk ging, wo er an der Schubertschen Wohnung

klingelte. Daraufhin trat Frau Schubert, die sich im Garten aufhielt, ins Hausflur und rief zum ersten Stock hinauf, wo geklingelt worden sei. Der Mann habe daraufhin zurückgerufen, daß er bei Schubert geklingelt habe. Ob nun Frau Schubert hinaufgegangen ist und ob dann weiter der junge Mann auch von ihr in die Wohnung mitgenommen wurde, war durch die Zeugen nicht mehr zu erfahren, weil sie sich um den Ausgang dieses Gespräches über die Treppe nicht mehr gekümmert haben.

Zur Unterstützung der Arbeiten der Mordkommission hat das verstärkte Fahndungskommando der Kriminalpolizei in der vergangenen Nacht eine umfangreiche Razzia durchgeführt, die sich nicht nur auf verschiedene Lokale, Herbergen und Anlagen der Innenstadt erstreckte, sondern auch Scheunen und Anlagen in den Außenbezirken erfaßte.

Bei dieser Polizeiaktion wurden insgesamt 32 Personen sistiert, die der Mordkommission vorgeführt wurden, soweit sie über ihre Personalien keine glaubhaften Unterlagen vorweisen konnten. Die Vernehmungen und Nachprüfungen der Angaben sind noch voll im Gange, doch dürfte sich bereits jetzt mit Sicherheit behaupten lassen, daß sich unter den Festgenommenen kein des Verbrechens Verdächtiger befindet.

Breslauer Falschmünzer in Oels verhaftet

Vor einigen Tagen wurden in Oels zwei Männer beobachtet, die sich durch Ausgabe falscher Zweimarkstücke verdächtig gemacht hatten. In einem Lokal konnte einer der beiden festgenommen und als der 22jährige Arbeiter Kurt Pohl aus Breslau ermittelt werden. Sein Komplize, der ebenfalls in Breslau wohnende Mechaniker Johann Kille vermochte auf einem Rade zu entkommen. Bei Pohl fand man bei der Durchsuchung noch 16 falsche Zweimarkstücke, von denen er zunächst erzählte, sie in der Stockgasse von einem Unbekannten erhalten zu haben. Eine Durchsuchung der Wohnungen der beiden Leute erbrachte allerlei Falschmünzerhandwerkzeug zu Tage, aus dem sich ergab, daß sie auch Fünfmarkstücke gemacht haben, die hauptsächlich in Breslau ausgegeben worden sind. Auch der Bruder des Pohl, ein 20jähriger Glasschleifer hat bei der Produktion mitgeholfen und ist ebenfalls verhaftet worden. Die Brüder haben ein volles Geständnis abgelegt. Kille konnte bisher noch nicht ausfindig gemacht werden.

Feiger Ueberfall der Nazis

Am Dienstag, abends gegen 10 Uhr, überfielen zehn bis zwölf Nazis einige Kameraden des Reichsbannervortrupps Ost. Die Ueberfallenen, die zumeist im Alter von 14 Jahren sind, wurden von den Nazis angepöbelt und tätlich angegriffen. Bezeichnend ist, daß sich zehn bis zwölf Nazijünglinge über vier Reichsbannerkameraden hermachten. Ihr Mut zeigt sich ja, wie bekannt, erst dann, wenn sie gegen Wenige hordenweise auftreten.

Starke Belegung und Auswirkung der Volkshochschule Breslau

Das laufende Sommerhalbjahr ist seit Gründung der Volkshochschule Breslau dasjenige, das die stärkste Belegung aufweist und zwar ist die Volkshochschule nach den soeben abgeschlossenen Feststellungen in ihren 97 Arbeitsgemeinschaften 3668 mal belegt, das bedeutet fast 1000 Belegungen mehr als im Sommer des Vorjahres. Die Arbeit der Volkshochschule Breslau wirkt sich also in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung aus. Auch die von der Volkshochschule Breslau eingerichtete Heimvolkshochschule in Querbach entwickelt sich aufs beste. Gegenwärtig läuft dort schon der 6. Monatskursus erwerbsloser Volkshochschüler. Die aus den ersten fünf Monatskursen dieser Heimvolkshochschule nach Breslau zurückgekehrten 125 Volkshochschüler und Volkshochschülerinnen (sämtlich erwachsene Bürger unserer Stadt) haben sich inzwischen zu einem sozialen Hilfsdienst zusammengeschlossen, in dem die sozial-ethischen Auswirkungen der Volkshochschul-Einrichtungen deutlich werden. Auch in diesem Halbjahr konnte die Breslauer Volkshochschule wieder an eine Reihe erwerbslos gewordener Studienassessoren und Schulamtsbewerber, die sich nach genauer Prüfung als für die Volkshochschule geeignet erwiesen, Lehraufträge erteilen und ihnen dadurch ihre unglückliche Lage etwas erleichtern helfen.

Haftung des Hausverwalters für beschädigte Treppen

Mit einem für Hausbesitzer besonders interessanten Prozeß beschäftigte sich in längerer Sitzung das Erweiterte Schöffengericht. Angeklagt wegen berufsfahrlässiger Tötung war der Verwalter des Hauses Am Wäldchen 20, der aber nicht selbst in diesem Hause wohnt. Am 21. September v. J. war eine 75jährige aber noch sehr rüstige Frau auf einer Treppenstufe im überstehenden Eisenbeschlag mit dem Schuh hängengeblieben und hatte sich beim Sturz einen Knöchelbruch zugezogen. Die Verletzte wurde ins Allerheiligenhospital transportiert, wo sie nach einigen Tagen starb. Die Sektion ergab daß ein Blutgerinnsel in die Lunge eingedrungen war und den Tod der Greisin herbeigeführt hatte. Da die Todesursache in ursächlichem Zusammenhang mit dem Unfall stand, wurde gegen den Hausverwalter als den Verantwortlichen für den Unfall das Verfahren eröffnet. Wie die Verhandlung ergab, ist im Dezember 1930 an derselben Treppenstufe ein 13jähriges Kind hängengeblieben und hat sich einen Unterschenkelbruch zugezogen. Damals war die Treppe untersucht und kleine Verbesserungen waren vorgenommen worden. Jetzt nach dem zweiten Unfall hat die Baupolizei die Treppe beanstandet, so daß umfangreiche Reparaturen vorgenommen werden mußten. Der Angeklagte stützte sich darauf, daß es ja auch Pflicht der Mieter gewesen wäre, ihn auf die Schäden der Treppe aufmerksam zu machen. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß der Angeklagte unbedingt die Pflicht gehabt hätte, von Zeit zu Zeit die Treppe nachzusehen. Es verurteilte ihn an Stelle von einem Monat Gefängnis zu 150 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt.

Generalversammlung des Schlesischen Bundes für Heimatschutz

Im Vortragssaale des „Schlesischen Museums für Kunstgewerbe und Altertümer" tagte am Sonnabend der „Schlesische Bund für Heimatschutz". Zu Beginn sprach Prof. Dr. Schube über das Thema: „Schützt unsere biologisch wertvollen Naturdenkmäler." An Hand von zahlreichen Lichtbildern konnte man einen Blick in das Reich der biologischen Kuriositäten tun, die als Naturdenkmäler erhalten werden sollten. Man sah Bilder von eigenartig gebildeten Eichen, Fichten und Linden. Einige Bilder zeigten Bäume, die zusammengewachsen waren und so eigenartige Formen zeigten. All die vielen Aufnahmen waren von dem Redner mit unendlichem Fleiß gesammelt. Anschließend sprach Geheimrat Herrmann über: „Die rechtliche Durchführung des Naturschutzes." Er zeigte die vielen vorhandenen Schwierigkeiten auf, wenn es gilt, ein wertvolles Objekt zu schützen. Der Redner streifte dann auch einige allgemein interessante Fragen. Wie ist es, wenn wir im Walde spazieren gehen, haben wir ein Recht dazu? Nein, wir haben kein Recht, doch machen wir uns auch nicht strafbar. Verboten ist es dagegen, und hier kann man auch bestraft werden, wenn man Privatwege im Walde betritt. Wenn man jedoch merkt, daß der Besitzer oder ein Förster kommt, dann braucht man nur drei Schritte in den Wald zu treten und alles ist gut. Neu ist auch die zweite Bestimmung, daß man im Walde nicht (auch auf den Wegen) mehr rauchen darf.

Danach folgten Geschäftsbericht, Rechnungslegung und Aufstellung des neuen Etats. Am Ende der Versammlung sprach Studienassessor Grundmann über: „Wert der heimatlichen Figurengrabsteine und ihr Schutz." Auch dieser interessante Vortrag, unterstützt durch Lichtbilder, vermittelte einen Einblick in die Kunst vergangener Zeiten.

Achtung! Elternbeiratswahlen!

Am Freitag, den 27. Mai, abends 20 Uhr

im Gewerkschaftshause, Zimmer 7/8, wichtige Veranstaltung mit dem Thema:

Zu den Elternbeiratswahlen am 12. Juni

Referenten: Genosse Rektor Gabriel, Genosse Lehrer Tschöpe.

Es ist dringend erwünscht, daß alle parteigenössischen Väter und Mütter, die Kinder zur Schule schicken, alle Parteigenossen, die bisher als Elternbeiräte fungierten aber wieder aufgestellt sind, die parteigenössischen Lehrer und Lehrerinnen, die Abteilungsleiter, Distriktsführer und Frauenleiterinnen, überhaupt alle an den Elternbeiratswahlen und an der Schule interessierten Genossen und Genossinnen erscheinen.

Parteimitgliedsbuch als Ausweis mitbringen.

Stadträte und Stadtverordnete

Freitag wichtige Fraktionssitzung im Zimmer 8 des Gewerkschaftshauses, pünktlich 20 Uhr.

Die Reichsbahn gegen den Vorwurf der Vernachlässigung Schlesiens

In der Schlesischen Presse sind in der letzten Zeit öfters Nachrichten erschienen, die sich gegen die Vernachlässigung der Verkehrsverhältnisse durch die Reichsbahn im Osten wandten. Die Reichsbahndirektion Breslau versucht daher, nachzuweisen, daß sie sich gerade dafür eingesetzt hat, dem Osten möglichst viele Vorteile und Neuerungen zu verschaffen. So sind in Schlesien FD-Zuggarnituren eingeführt worden, obwohl man sich von Anfang an darüber klar war, daß die Voraussetzungen für solche Züge in Schlesien nicht gegeben sind. Und kurz nachdem die Züge eingeführt waren, mußten wieder dritte Klasse und mehrere Halten eingeführt werden. Nachdem Fahrplanwechsel mußten dann diese Züge in gewöhnliche D-Züge umgewandelt werden. Auch wurden für Schlesien Schlafwagen 3. Klasse gefordert. Diese Wagen gibt es in Deutschland nur in verhältnismäßig wenigen Verkehrsverbindungen. Nach kürzeren Versuchen wurden sie auch in der Verbindung Berlin und dem Osten, d. h. auch auf den Verbindungen zwischen Berlin und Ostpreußen sowie Berlin und Oberschlesien eingeführt, damit sind in Schlesien die Hälfte aller überhaupt vorhandenen Liegewagen verwendet. Die Reichsbahn betont, daß sie die Provinz Schlesien nicht vernachlässigt, sondern immer bevorzugt habe. So ist die Strecke zwischen Berlin und Oberschlesien auch in bezug auf Schnellzüge die am besten durchgearbeitete Linie. Auch sind in Schlesien Zugtelegraphie und die elektrische Zugförderung am besten durchgearbeitet. Die Reichsbahn verwahrt sich also gegenüber einem Vorwurf der Vernachlässigung Schlesiens.

■ **Arbeiter-Bildungsausschuß Breslau**

Sonntag, den 29. Mai, vormittags 10 Uhr, im Lokal Hoffmann, Pöpelwitzstraße 15

Pfingstsonntag Morgenfeier

der SPD., Abteilung Pöpelwitz

Mitwirkende: ZdA.-Kapelle, Rote Blusen

Redner: Genosse H. Löbe

Wo holt sich der Arbeiter Rat und Hilfe?

Sprechstunden der Arbeiterwohlfahrt

Abteilung: Haus- und Wochenpflege

Ortsausschuß, Flurstraße 4, Hof, II Telephon 57 766

Auskunft über die Vermittlung von Hauspflege täglich von 10—15 Uhr.

Unsere Hauspflegerinnen mit und ohne krankenpflegerische Vorbildung, übernehmen, besonders für Minderbemittelte, Familienpflege. Bezahlung nach Uebereinkunft.

Abteilung: Allgemeine Wohlfahrt

Ortsausschuß, Flurstraße 4, Hof, II. Telephon 57 766

Beratung in allen Wohlfahrtsangelegenheiten täglich, außer Freitag und Sonnabend, von 12—14 Uhr. (Vor 12 Uhr kann niemand in die Beratungsstelle hineingelassen werden, ebenso nicht nach 14 Uhr, da vorher und nachher die Räume anderweitig gebraucht werden.)

Rat und Auskunft werden kostenlos durch die Fürsorgerin der Arbeiterwohlfahrt erteilt.

Abteilung: Erziehungs- und Jugendberatung

Bezirksausschuß, Flurstraße 4, Hof, II. Telephon 54 620

Auskünfte in allen Erziehungsfragen an Eltern und die heranwachsende Jugend jeden Mittwoch von 17—19 Uhr.

Die Beratungen, für die besonders geschulte Kräfte zur Verfügung stehen, sind kostenlos. Die Unterredungen werden streng vertraulich behandelt.

Abteilung: Fürsorge für Alkoholkranke

Bezirksausschuß, Flurstraße 4, Hof 2, Telefon 546 20

Beratung für Alkoholkranke und deren Angehörige jeden Montag von 17 bis 19 Uhr.

Rat und Auskunft wird kostenlos von Mitgliedern des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes erteilt.

Sexualberatungsstelle

Bezirksausschuß, Flurstraße 4, Hof, II. Telephon 54 620

Ärztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschaftsverhütung usw. jeden Dienstag und Donnerstag von 18½ bis 20½ Uhr.

Die Beratung ist kostenlos. Sie unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Personalangaben sind nicht erforderlich.

Sprechstunde für Erwerbslose

Rat und Auskunft in allen einschlägigen Angelegenheiten erteilt die Erwerbslosenkommission der SPD. Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10. Sprechstunden täglich von 9 bis 11 Uhr, außer Sonnabend. Bei Anfragen von auswärts wird gebeten, Rückporto beizufügen.

Juristische Sprechstunde

findet jede Woche Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 4 Uhr statt.

Es wird Rechtsauskunft gegen Vorlegung der Abonnements-Quittung erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt. Schriftliche Anfragen können nur beantwortet werden, wenn Rückporto beiliegt.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 107 - 176
Telefon Nummern 590 60 — 590 61
Geöffnet außer Sonnabend von 8—1 und 4—7 Uhr

Auf an die Arbeit!

Der Werbemonat hat begonnen. Jede Genossin, jeder Genosse, ist verpflichtet, mindestens ein neues Mitglied und einen neuen Zeitungsleser zu gewinnen. Besondere Werbeprämien für die besten Werber sind ausgesetzt. Ein Eintrittsgeld für neue Mitglieder während des Werbemonats wird nicht erhoben.

Achtung, Distriktsführer!

Ab Sonnabend werden den Distriktsführern die Werbeexemplare für die Volkswacht zugestellt.

Distriktsführer

Sofort Material abholen.

Abteilung Innere Stadt (Distrikte 19 und 34). Alle Funktionäre und sonstige interessierte Genossen der Eisernen Front treffen sich Freitag 20 Uhr bei Krause, Neue Weltgasse 42.

Abteilung Altstadt. Heute 20 Uhr bei Mally, Westendstraße 37, Distrikts- und Frauenleiterinnen-Sitzung. Die Distriktsführer haben die Volkswachtadressen mitzubringen.

Abteilung Oderstr. Freitag 20 Uhr in der Oberrealschule am Lehmdamm, Zimmer 4, Schulungsabend der Abteilung. Referent: Genosse Fr. Lachs über: „Abrüstung".

Abteilung Südwest. Heute 20 Uhr Abteilungs-Funktionärversammlung bei Klante, Hochstraße. Wichtige Tagesordnung. Sämtliche Genossinnen und Genossen, die sich aktiv an der Parteiarbeit beteiligen wollen, haben zu erscheinen. Distriktsführer und Frauenleiterinnen bereits um 19,30 Uhr.

Distrikt 10. Sonnabend bei Hanke, Leuthenstraße 34/36, Funktionärversammlung.

Distrikt 26. Donnerstag, 20 Uhr, bei Görlich, Löschstr. 13, sämtliche Partei-, Banner- und interessierte Funktionäre und Genossen.

Distrikt 27. Donnerstag, 20 Uhr, bei Jeuke, Ofener Str., Funktionärversammlung.

Distrikt 29. Donnerstag, 20 Uhr, in der Wohnung des Distriktsführers, wichtige Besprechung. Sämtliche Funktionäre und interessierte Parteigenossen sind eingeladen.

Distrikt 30. Freitag 20 Uhr bei Schmidt, Hubenstr. 50, Sämtliche Partei-, Banner- und interessierte Funktionäre und Genossen sind eingeladen.

Distrikt 42. Freitag, 20 Uhr, bei Wittke, Zimpeler Straße, außerordentliche Distriktsversammlung. Alle Parteimitglieder haben zu erscheinen.

Sozialistische Arbeiterjugend

Funktionärrat! Heute 20 Uhr Sitzung im Gewerkschaftshaus. Zimmer an der Tafel.

Freitag finden folgende Heimabende um 20 Uhr statt:

Heim 1 (Gewerkschaftshaus). Soziales Wandern.
Heim 4 (Jägerhof). Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft. Genosse Hahig.
Heim 5 (Friedrich-Wilhelm-Straße). Jack-London-Abend. Genosse Dobrachowski.
Heim 6 (Klodnitzschule). Gen. Simmel spricht.
Heim 7 (Volkswacht). Zweck der Berufsschule. Gen. Aupke.
Heim 8 (Wittke, Zimpel). Wir sind im Heim.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Achtung, Jugendmitglieder! Die Beerdigung unseres verunglückten Jugendkollegen Alfred Hermann findet Freitag, den 27. Mai, 15 Uhr, von der Halle des St.-Bernhardin-Friedhofes in Dürrgoy statt.

Monistische Jugend

Heim 2 (Friedrich-Wilhelm-Straße). Heute 19,30 Uhr ist alles zum Kampf- und Wanderlieder-Abend im Heim. Instrumente mitbringen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung West: Heute erscheint alles in der Turnhalle.

Banner 8 (Braun): Morgen 20 Uhr im Zentralballsaal, Westendstraße 32, Pflichtversammlung aller Kameraden. Die Frauen sind dazu eingeladen. Referent: Kamerad Feilhauer.

Banner Schlesien: Heute 20 Uhr bei Weyatta, Pflichtversammlung aller Kameraden. Referent: Kamerad Alexander.

Jungbanner Ost (Deimling): Heute 20 Uhr bei Jeuke, Ofener Straße, Zug- und Gruppenführer-Sitzung mit Abrechnung.

Vortrupp Süd: Wir beteiligen uns Sonntag an der Flugveranstaltung des Sturmvogels in Strehlen. Treffpunkt Sonntag früh 5,45 Uhr Flurstraße (Volkswacht). Bausteine sind abzurechnen.

Spielgruppe: Heute üben wir im Jugendheim.

Arbeiter-Sport

Fußball

Bezirksvorstand. Fußballsparte. Zum Rückspiel nach Waldenburg wird ein Auto zur Fahrt benutzt. Die Treffpunkte sind folgende: 6 Uhr Letzter Heller, 6,15 Uhr Schlachthof, 6,20 Uhr Striegauer Platz, 6,30 Uhr Reichstraße Ecke Gräbschener Straße, 6,35 Uhr Sauer, Gräbschener Straße, 6,50 Uhr Klettendorf Kirche, 6,55 Uhr Bettlerner Berg. Die angegebenen Zeiten sind Abfahrtzeiten. Wir bitten die Fahrtteilnehmer sowie die Mannschaft, diese Zeiten genau innezuhalten.

ASC. Falke. Die am 22. 5. gelösten Eintrittskarten zu dem Spiel Falke I — Union I behalten ihre Gültigkeit zu dem Spiel Falke I — Herta I am 28. 5. Beginn 17,30 Uhr. Vorher zweite Mannschaften.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Hundsfeld. 27. Mai, 20 Uhr, Monatsversammlung bei Fronzeck, Marktplatz 4.

ASV. Wratislawia. 26. Mai, 20 Uhr, Monatsversammlung.

Freie Turnerschaft Breslau E.V.

Die bezüglich der Uebungsstunden in der Liegnitzer Halle veröffentlichte Notiz hat erst für den 1. Juni Gültigkeit.

Wassersport

Arbeiter-Wasser-Rettungsdienst am 29. Mai: Wache 1: Rudnig, Stein; Wache 2: Urbanski, Peschel; Wache 3: Gewiese, Märländer.

Freie Schwimmer Breslau e. V. Jugendabt. Nord: Sonnabend, 21 Uhr, am Wappnhof, zur Zeltfahrt. Decken, Proviant nicht vergessen. Nachmeldungen, auch von Jugendmitgliedern anderer Abteilungen an Gen. Falkenhain. — Abt. West: Sonntag, 25. Mai, Wanderung nach Sandberg. Treffpunkt am Letzten Heller. Verpflegung für den ganzen Tag mitbringen. Badegelegenheit.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bund Solidarität

Ortsgruppe Herrmannsdorf-Rathen

Sonnabend, den 28. Mai, 19 Uhr, Komitee-Sitzung, anschließend Vereinsabend.

Amtlicher Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Der wechselhafte und unbeständige Witterungscharakter hält über ganz Mitteleuropa an. Während im Osten die Temperaturen noch verhältnismäßig hoch liegen, hat sich im Westen allgemein Abkühlung eingestellt. Vielfach kommt es noch zu Schauerniederschlägen, die teilweise von Gewittern begleitet sind. Die von Norden vordringenden kälteren Luftmassen dürften sich allmählich auch im östlichen Mitteleuropa durchsetzen.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:
Bei nordwestlichen Winden wechselnd bewölkt, Schauer, kühler.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:
Frischer, westlicher Wind, meist neblig-bewölkt, Schauer, Abkühlung.

Sonnenaufgang: 3,50 Uhr — Sonnenuntergang: 20,5 Uhr

Nationalistische Minderheitenhetze

Wird so den Interessen der deutschen Minderheiten gedient?

Es gehört zur faschistischen Geisteshaltung, daß man den politischen Gegner an sich für nicht existenzberechtigt hält, mit Vorliebe nicht vom politischen Kampf, sondern vom „Ausrotten" spricht. Mehr noch als für den politischen Gegner der eigenen Nation wendet der blindwütige Nationalismus unseres Hakenkreuzlertums diesen Grundsatz naturgemäß auf die „Fremdstämmigen" z. B. auf die geringfügige polnische Minderheit in Deutschland an. Obwohl man aus der „Schlesischen Zeitung" und ihr gesinnungsverwandten Blättern in dieser Hinsicht schon einiges gewöhnt ist, schießt doch die naziotische „Schlesische Tageszeitung" hier neuerdings den Vogel ab, indem sie sich in einem Artikel **„Wie lange noch Polenpropaganda in Deutschland?"** in einer Form mit der Minderheitenfrage beschäftigt, die nicht nur den Protest aller derjenigen, die für Minderheitenrecht eintreten herausfordert, sondern überdies eine schwere Schädigung der deutschen Minderheiteninteressen jenseits der Grenzen bedeutet.

Obwohl das Naziblatt selbst an Hand der Wahlstatistik von 1907 bis 1930 (1932 ist bezeichnenderweise ausgelassen) nachweist, daß die nationalpolnischen Stimmen in Deutschland ständig zurückgehen, nimmt es doch irgendwelche nicht näher präzisierte Auslassungen des Oppelner Polenblattes „Nowiny Codzienne" zum Anlaß, von „unverschämten Polacken", von „polnischem", bezw. „räuberischem Gesindel" zu schreiben, dem endlich das Maul gestopft werden müsse, d. h. dessen Meinungsäußerungen mit Gewalt unterbunden werden sollen, wobei noch recht unzweideutig von der Behauptung ausgegangen wird, daß in Polen deutsche Redakteure gleicher Art totgeschlagen würden.

Die polnische Minderheit in Deutschland ist bedeutungslos, politisch nicht bedeutungslos aber ist es, wie sich das deutsche Mehrheitsvolk zu ihr einstellt. Unter sozialdemokratischer Führung wurde in den Jahren nach dem verlorenen Kriege die altpreußische Polenpolitik von Grund auf revidiert, nicht nur weil dies selbstverständlicher Grundsatz national-politischer Gerechtigkeit darstellt, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der viel zahlreicheren deutschsprachigen Minderheiten in den slawischen Nachbarstaaten Deutschland liegt. Die Hetze des Naziblattes kommt der Sprache der wüstesten polnischen Chauvinistenblätter gleich, was wahrlich keinen Nachweis für die höhere kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes bedeutet.

Tod im Brunnen

Nachdem der Schmiedegehilfe Hermann Kleiber in Hohendorf, Kreis Goldberg, in einem 30 Meter tiefen Brunnen eines Stellenbesitzers gearbeitet hatte und wieder herausgestiegen war, stürzte er plötzlich rücklings in den Brunnen ab. Er war sofort tot. Da auch sein Meister über Unwohlsein klagte, nimmt man an, daß K. durch im Brunnen befindliche Giftgase schwindlig wurde.

Großer Moorbrand

In Zibelle (Kr. Sagan) breitete sich ein Brand über eine Moorfläche von 20 Morgen aus. Das brennende Moor bietet nachts einen schauerlich-schönen Anblick. Durch Ziehen von Gräben wurde der Brand nach Möglichkeit lokalisiert.

Furcht vor Strafe

treibt in den Tod

Der 17jährige Sohn des Chausseewärters Irrgang aus Stumpfmühl bei Schlawa erhängte sich aus Furcht vor einer Strafe, weil ihm beim Grasmähen eine Sense (!) zerbrochen war.

Erwerbslose demonstrieren

vor den deutschen Bat'a-Werken

Wie Wolffs Schlesischer Landesdienst meldet, kam es gestern bei Arbeitsbeginn vor den Bat'a-Werken in Ottmuth, Kreis Groß-Strehlitz, zu Demonstrationen einheimischer Erwerbsloser, die lebhaft die Forderung erhoben, daß Einstellungen bei den Bat'a-Werken nicht wie bisher durch Amtsvorsteher und Fabrikportier, sondern durch das zuständige Arbeitsamt erfolgen sollen. Angeblich nahm diese Demonstration einen „bedrohlichen Charakter" an, so daß Landjäger alarmiert wurden.

Zu Zusammenstößen scheint es nicht gekommen zu sein. **Eine ähnliche Demonstration fand auch vor der Wohnung des Amtsvorstehers statt, wobei die Demonstranten auch Einschränkung der Beschäftigung von Ausländern bei Bat'a forderten.**

Gustav Schiffer

rechnet mit den Nazis ab

Am Donnerstag, den 26. Mai, spricht der Genosse Gustav Schiffer in einer großen öffentlichen Versammlung im Lokal Guhl in **Groß-Mochbern** über das Thema: „Der Faschismus als der Totengräber der Arbeiterbewegung". Obwohl die Nazis in ihren Versammlungen in phrasenhafter Weise die Sozialdemokratische Partei und ihre Anhängerschaft herunterreißen, gehen sie einer sachlichen Diskussion stets aus dem Wege.

Die Nazis sind deshalb hiermit öffentlich eingeladen. Wir erwarten, daß uns ein Diskussionsredner gestellt wird.

Arbeiter, Republikaner, nehmt restlos an dieser Versammlung teil.

Ortsgruppenleitung der SPD.
Groß-Mochbern.

Geld für Schnaps

Alkoholiker ermordet seine Mutter

Der Bergarbeiter Roman Kokot hat in Kattowitz seine 89 Jahre alte Mutter überfallen, weil sie sich weigerte, ihm Geld für Schnaps zu geben. Er brachte ihr mit einer Schere zehn Stichwunden am Kopfe und am Oberkörper bei, an deren Folgen sie wenige Minuten nachher starb. Kokot flüchtete, wurde aber bald darauf auf dem Friedhofe von der Polizei festgenommen und dem Gericht übergeben. K. ist notorischer Alkoholiker und hat von seiner Mutter stets Geld für Befriedigung seiner alkoholischen Neigungen gefordert.

Brieg. Einbruch ins Piastenschloß. Der hiesigen Polizei war mitgeteilt worden, daß sich im Piastenschloß verdächtige Lichterscheinungen zeigten, die auf einen Einbruch schließen ließen. Drei Polizeibeamte besetzten darauf die Türen. Nach etwa einer Stunde erschienen drei Männer im Ostflügel, die zwei schwere Koffer trugen. Auf Anrufe der Beamten ergriffen die drei Männer die Flucht. Als die Beamten darauf Schreckschüsse abgaben, gelang es einen Mann festzunehmen. Auf der Wache gab er dann auch die Namen der übrigen zwei Mittäter an, die darauf ebenfalls festgenommen werden konnten. In den Koffern befanden sich Glas- und Porzellanwaren und andere Gegenstände.

Hirschberg. 886 000 RM. Fehlbetrag im Kreishaushalt. Der Kreistag des Landkreises Hirschberg nahm den Haushaltsplan des Kreises für 1932 an, der einen ungedeckten Fehlbetrag von 886 000 RM. aufweist. In einer Entschließung wurde die Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht, daß Kreis und Gemeinden vor dem Zusammenbruch ständen. Der Landkreis Hirschberg sei nicht mehr imstande, sein Straßennetz in Ordnung zu halten, so daß die Gefahr bestehe, daß auch noch der Fremdenverkehr, der jetzt für viele Einwohner noch die einzige Einnahmequelle bildet, darunter leide.

Sagan. Todesfahrt mit dem Motorrad. Der 32jährige Versorgungsanwärter Hoche aus Hansdorf stieß auf der Fahrt nach Sorau mit einem anderen Motorradfahrer zusammen und wurde auf der Stelle getötet.

Karlsberg, Kreis Leobschütz. „Spiel" mit einer Sprengkapsel. Hier spielten Kinder mit einer Sprengkapsel, die auf bisher ungeklärte Weise in ihre Hände gelangt war, und versuchten, sie zu öffnen. Dabei explodierte die Kapsel. Der neunjährige Sohn eines Landwirts wurde schwer verletzt.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170—174
Telephon 59054, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9—13 u. 16—18 Uhr

Bezirks-Konferenz der Arbeiterwohlfahrt!

Einige Ortsausschüsse der Arbeiterwohlfahrt des Unterbezirks haben ihre Delegierten noch nicht gemeldet. **Bald das Versäumte nachholen!** Beginn der Konferenz: **Sonntag, den 29. Mai, vormittags 9,45 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses.**

Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt des Unterbezirks.

Opperau. Sonnabend, den 28. Mai, 20 Uhr, bei Niwitzki, öffentliche Jugendversammlung. Referent Bezirkssekretär Genosse Bretthorst. Sorgt für guten Besuch.

Oltaschin. Sonnabend, den 28. Mai, 20 Uhr, bei Grieger Mitgliederversammlung. Referent: Gen. Fränkel. Wir erwarten guten Besuch.

Brockau. Sämtliche Funktionäre der Partei, Gewerkschaften und Reichsbanner treffen sich am 27. Mai, um 19 Uhr, bei Mende zu einer wichtigen Funktionärversammlung.

Marschwitz. Unsere Mitgliederversammlung findet nicht am Freitag, den 27. Mai, sondern erst am 3. Juni bei Fleck statt.

Herrmannsdorf. Am Freitag, dem 27. Mai, bei Gasde, 20 Uhr, Mitgliederversammlung der SPD. und des Reichsbanners. Redner: Gen. Funke, Breslau.

Steine. Am Freitag, dem 27. Mai, bei Grocholl, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Redner: Gen. Schiffer.

Sacrau. Sonnabend, den 28. Mai, 20 Uhr, bei Rönsch, Mitgliederversammlung. Redner Gen. Apsitzsch.

Neumarkt. Sonnabend, den 28. Mai, 20 Uhr, im „Gelben Löwen" Mitgliederversammlung. Referent Genosse Schiffer.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Hauptmarkt am 25. Mai 1932

Der Auftrieb betrug: 1138 Rinder, 1578 Kälber, 549 Schafe, 3804 Schweine. Ueberstand vom vorigen Markte waren 7 Rinder, — Kälber, — Schafe, 49 Schweine.

Mithin Gesamtauftrieb 1145 Rinder, 1578 Kälber, 549 Schafe, 3853 Schweine.

	Stück	Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm für Lebendgewicht
I. Rinder	1145 Stück	
A. Ochsen:	50 „	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 1. jüngere		28—29
2. ältere		—
b) sonst vollfleischige 1. jüngere		21—24
2. ältere		—
c) fleischige		10—17
d) gering genährte		—
B. Bullen:	583 Stück	
a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts		25—28
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		19—21
c) fleischige		13—16
d) gering genährte		—
C. Kühe:	479 Stück	
a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts		23—25
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		17—19
c) fleischige		13—14
d) gering genährte		5—10
D. Färsen (Kalbinnen):	114 Stück	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts		28—29
b) vollfleischige		22—28
c) fleischige		15—18
E. Fresser:	19 Stück	
Mäßig genährtes Jungvieh		—
II. Kälber	1578 Stück	
a) Doppellender bester Mast		—
b) Beste Mast- und Saugkälber		30—35
c) Mittlere Mast- und Saugkälber		23—26
d) Geringere Kälber		15—20
III. Schafe	549 Stück	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast		—
2. Stallmast		36—38
b) Mittlere Masthammel, ältere Mastlämmer und gut genährte Schafe		28—30
c) Fleischiges Schafvieh		22—28
d) Geringgenährtes Schafvieh		—
IV. Schweine	3853 Stück	
a) Fettschweine über 150 Klg. (3 Zentner) Lebendgewicht		31—32
b) vollfleischige Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgew.		30—32
c) „ „ „ 200—240 „		29—32
d) „ „ „ 160—200 „		29—30
e) fleischige „ „ 120—160 „		—
f) „ „ unter 120 Pfund Lebendgewicht		—
g) Sauen und Eber		26—28

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Geschäftsgang: In allen Gattungen schlecht. Bei Rindern bleibt Ueberstand.

Breslauer Produktenbörse vom 25. Mai 1932

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 25. Mai 1932. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen (Oelsaaten in kleinen Mengen) in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung. Nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste . . . . für 1000 kg = 1 Tonne } frachtfrei Breslau
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl „ 100 kg
Sämereien . . . . „ 50 kg
Kartoffeln Rauhfutter . . . . „ 50 kg ab Erzeugerstation

Tägliche Amtliche Notierungen.

Getreide	24. 5	25. 5.	
Weizen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 74,5 kg Durchschn.-Qual., gesund und trocken	264.00	259.00	Die Preise verstehen sich per 1000 kg waggonfrei Breslau voll. 15 Tonnenladungen
Hektolitergewicht von 78,0 kg, gut, gesund und trocken	268 00	263 00	
Hektolitergewicht von 72,0 kg, trocken, für Müllereizwecke verwendbar	254 00	249.00	
Sommerweizen, hart, glasig, 80 kg	—,—	—,—	
Roggen (schlesischer)			
Hektolitergewicht von 71,2 kg Durchschn.-Qual., gesund u. trocken	215 00	208.00	
Hektolitergewicht von 72,5 kg gut, gesund und trocken	—,—	—,—	
Hektolitergewicht von 69,0 kg, trocken, für Müllereizwecke verwendbar	201.00	199.00	
Hafer, mittlere Art und Güte	162.00	162.00	
Braugerste, feinste	—,—	—,—	
„ gute	—,—	—,—	
Sommergerste, mittlere Art und Güte	189.00	188.00	
Wintergerste 63-64 kg	—,—	—,—	

Industriegerste 65 kg 185.00. Tendenz: Bei mangelnder Kauflust flau.

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse

	24. 5.	25. 5.		24. 5.	25. 5.
Weizenmehl (70%)	36.50	36.00	Auszugmehl	42.50	42.00
Roggenmehl (70%)	30.25	30.00			

Tendenz: Geschäftslos.

Wasserstand

	25. 5.	26. 5.		25. 5.	26. 5.
Ratibor	1.25	1.25	Koseln (Unter-Pegel)	1.[illegible]	1.[illegible]
Neisse (Stadt)	—0.84	—	Dyhernfurth	1.[illegible]	1.[illegible]
Neißemünd. (Unt.-Pegel)	1.54	1.64	[illegible]	[illegible]	
Brieg (Mastenkran)	1.96	2.14	Fürstenberg vom 25. 5.	0.[illegible]	
Treschen	0.98	1.04	Wasserwärme + 18,0.		

Kanther Stadtvertretung

berät die Jahresrechnung für 1929

In der letzten Kanther Stadtverordnetensitzung wurde wiederum die **Jahresrechnung für 1929** beraten, da die passive Haltung des Magistrats nicht gerade zur Beschleunigung der Verhandlungen beiträgt. Trotz eingehender Besprechung blieb noch immer eine Mehrausgabe von rund 10 000 Mark nicht hinreichend geklärt, um die Entlastung auszusprechen. Anlaß zu Beanstandungen boten unter anderem die ohne Bewilligung der Stadtvertretung gemachte Ausgabe von 700 Mark für Aufbau und Abbruch einer Typhus-Baracke, sowie 5000 Mark Mehrkosten für Reparaturen in der Gasanstalt. Die als Restbeträge verbuchten Außenstände von insgesamt 12 000 Mark bedürfen gleichfalls noch einer genauen Nachprüfung. Stadtrat **Hofferruh** ergreift natürlich für den Magistrat Partei und versucht glaubhaft zu machen, daß eine amtliche oder behördliche Buchführung schwerer zu kontrollieren sei als die eines Kaufmanns. Eine Inventur im Gaswerk ist trotz dringendstem Ansuchen des inzwischen verstorbenen Gasmeisters seit 1926 nicht mehr erfolgt. Stadtv. **Freudenberger** gibt seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß man armen Leuten mit Rückständen bis 10 Mark das Gas einfach sperrt, während man großen Schuldnern großzügig Aufschub gewährt, um schließlich, wie verschiedene Beispiele bewiesen haben, Niederschlagung zu beantragen.

Der Magistrat befürchtet seinerseits bei einer weiteren Senkung der hohen Gas- und Strompreise eine Mindereinnahme von 6000 Mark. Scharfe Kritik wurde an den viel zu hohen Beträgen für Reisespesen geübt. Auch die Besoldung der städtischen Beamten entspricht teilweise nicht den Vorschriften des Beamten-Besoldungsgesetzes. Zwischen dem Genossen **Hoffbauer** und dem Stadtv. **Löhnig** (Ztr.) entspinnt sich schließlich ein lebhaftes Wortgefecht, wobei Löhnig versuchte, die soziale Einstellung Hoffbauers in Zweifel zu ziehen. Ein Antrag auf Vertagung der Beschlußfassung über die Jahresrechnung 1929 wurde gegen die Stimmen des Zentrums angenommen. Einstimmige Annahme fand der Antrag betreffend Reduzierung der Reisespesen. Stadtv. **Freudenberger** gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß der Bürgermeister angesichts der Gegensätze zwischen den beiden Gemeindekörperschaften und des offensichtlichen Mißtrauens es bisher unterlassen hat, das Disziplinarverfahren gegen sich zum Zwecke restloser Aufklärung zu beantragen. Stadtältester **Hoffmann** stellte dann in seiner bekannt humorvollen Art verschiedene strittige Fragen richtig.

Hinsichtlich des Baues einer Badeanstalt soll die endgültige Stellungnahme des Magistrats abgewartet werden.

Jäschkowitz. In der Gemeindevertretung wurde hier am Dienstag das Ortsstatut über Arbeitsleistungen in der Gemeinde angenommen. Nach längerer Debatte wurde ferner die Lustbarkeitssteuer dem Gastwirt Schaube von 7 auf 5 Mark und dem Gastwirt Schnalle von 6 auf 4 Mark ermäßigt. Die Biersteuer wurde außerdem auf die gesetzlich vorgeschriebenen Sätze ermäßigt. Bezüglich der Neuschüttung der Dorfstraße wurde eine Eingabe an den Landrat gerichtet. Zurückgestellt wurde wegen verschiedener noch erforderlicher Genehmigungen ein Gesuch auf Zuweisung eines Bauplatzes, ein sozialdemokratischer Antrag auf Schlemmung des Dorfteiches einstimmig angenommen.

Leipe-Petersdorf. Achtung, Arbeitereltern! Am Donnerstag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, Elternversammlung in der Schule. Erscheinen ist Pflicht.

Leipe-Petersdorf. Aus der Gemeinde. In der Gemeindevertretersitzung am Sonnabend standen zwei Punkte auf der Tagesordnung. Zu 1 lag ein Jagdpacht-Ermäßigungsgesuch des Herrn Rusch aus Kanfern vor. Da aber Herr Rusch der schriftlichen Ladung zur Sitzung nicht Folge leistete, konnte hierüber nicht endgültig verhandelt werden. Die SPD. vertrat den Standpunkt daß Herr Rusch vorerst das rückständige Jagdgeld zu bezahlen habe, und dann erst eine Pachtermäßigung erörtert werden kann. Anschließend legte der Vorsteher die Abrechnung der Ein- und Ausgaben für das verflossene Geschäftsjahr vor. Die Prüfungskommission fand die Kassenverhältnisse in Ordnung. Bier- und Bürgersteuer brachten etwa 1200 RM. ein so daß zum größten Teil die Wohlfahrtslasten gedeckt werden konnten. Der vorgesehene Anteil der Gemeinde an der „Krise" wurde allerdings mit rund 1000 RM. Forderungen des Arbeitsamtes erheblich überschritten, so daß hier ein ziemlich hoher Fehlbetrag zu verzeichnen ist; ebenfalls ein Ergebnis der Notverordnungspolitik.

Schmolz. Am 27. Mai, abends 8 Uhr, findet bei Kabitz eine Gemeindevertretersitzung statt. Die Tagesordnung ist diesmal reichhaltig.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Lohnabbau-Parolen der Textilunternehmer

Jeder hat die höchsten Frachtkosten
Einer nennt den andern Schmutzkonkurrenten

Die badischen Textilunternehmer haben die Verbindlichkeit des vom Schlichter gefällten Lohnabbauschiedsspruchs beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Ueber die Verbindlichkeit kann in diesem Falle nur das Reichsarbeitsministerium entscheiden. Es ist nicht anzunehmen, daß das Reichsarbeitsministerium einem weiteren Abbau dieser an und für sich so niedrigen Löhne zustimmen wird. Es hieße ja die Textilarbeiterschaft zur Verzweiflung treiben, wollte das Reichsarbeitsministerium den Wünschen der Unternehmer nach weiterem Lohnabbau in der Textilindustrie Rechnung tragen. Die Sinnlosigkeit der Unternehmerforderung tritt bei den Verhandlungen in den Begründungen, die von ihnen gegeben werden, kraß zu Tage. So sagten die badischen Unternehmer, daß sie die höchsten Frachtkosten von ganz Deutschland hätten und demzufolge einen Ausgleich bei dem Lohn haben müßten. Einige Tage später machten die Unternehmer von Württemberg darauf aufmerksam, daß sie die höchsten Frachtkosten von Deutschland zu tragen hätten. Der Vertreter eines in Schlesien gelegenen Bezirkes behauptete, er habe die höchsten Frachtkosten. Ja er behauptete sogar, daß die Schmutzkonkurrenz für ihn in Baden und Württemberg liege. So wird ein Bezirk gegen den anderen ausgespielt mit dem Ziel, den deutschen Textilarbeiter zum Paria der deutschen Arbeiterschaft herabzuwürdigen.

Alle diese Behauptungen der Unternehmer, soweit sie sich auf ungleiche Löhne oder dadurch hervorgerufene Schmutzkonkurrenz zu stützen versuchen, werden am besten durch das vom Deutschen Textilarbeiterverband herausgegebene Buch über die Tariflohnentwicklung in der deutschen Textilindustrie widerlegt.

— oder sie sprengen Lohnverhandlungen

Die neuen Schlichtungsverhandlungen für die württembergische Textilindustrie, die am Mittwoch in Karlsruhe stattfanden, sind von den Unternehmern genau so wie die vorausgegangenen Verhandlungen gesprengt worden. Die Unternehmerbeisitzer haben die Schlichterkammer im Laufe der Verhandlungen plötzlich verlassen.

Eine schlimmere Brüskierung der Staatsautorität, als sie sich die württembergischen Textilindustriellen nun bereits zum zweiten Male geleistet haben, kann man sich nicht gut vorstellen. Der Schlichter war infolge der ersten Verhandlungssprengung gezwungen, die Beisitzer für die Schlichterkammer unter Androhung von Strafe in Höhe von 500 Mark für den Fall des Nichterscheinens nach Karlsruhe zu laden. Nun haben die Unternehmervertreter zum zweiten Male den Schlichter auf den Sand gesetzt. Ihr Vorgehen — bei den Textilindustriellen des Münsterlandes hat es bereits Nachahmung gefunden — bedeutet nichts anderes als eine freche Herausforderung des Reichsarbeitsministeriums. Wir sind nun wirlich darauf gespannt, ob der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der gegenüber den Arbeitern im Lohnabbau sehr oft eine sehr starke Hand gezeigt hat, nun auch den Mut hat, den Unternehmern, die ihn und das Schlichtungswesen förmlich verhöhnen, die Zähne zu zeigen.

Textiltarifverträge für München-Gladbach und Niederrhein gekündigt

In der Textilindustrie München-Gladbach-Rheydt und in den niederrheinischen Seidenwebereien haben die Unternehmer den Manteltarifvertrag zum 30. und den Lohntarif zum 4. Juni gekündigt. Zweck der Kündigung ist, Lohnsenkung und Verschlechterung der Manteltarifbestimmungen. Ueber die gekündigten Verträge finden zwischen den Parteien am 27. Mai Verhandlungen in München-Gladbach statt. Den Verhandlungen geht eine Konferenz der an den Tarifverträgen beteiligten Arbeitnehmerverbände voraus.

Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat gibt seinen Absatz für den Monat April mit 3,611 Millionen Tonnen an, wovon 1,86 Millionen Tonnen nach dem bestrittenen und 1,75 Millionen nach dem unbestrittenen Gebiet gingen. Danach stellt sich der arbeitstägliche Absatz auf etwa 139 000 Tonnen. Gegenüber dem Vormonat bedeutet das eine Verringerung um 8,7 Prozent gegenüber dem April 1931 eine Verringerung von 22,53 Prozent.

Auch Luther will Arbeit beschaffen

Der Reichsbankpräsident Dr. Luther hat eine Art Denkschrift über Arbeitsbeschaffung ausgearbeitet, die, einer ihrer Fehler, der Oeffentlichkeit bisher leider nur auf Umwegen und stückenweise mitgeteilt worden ist. So viel man bis jetzt erfahren hat, bewegen sich die Vorschläge Luthers dahin, durch gewisse „hilfswirtschaftliche Maßnahmen die Arbeitskraft von Arbeitslosen nutzbar und vorübergehend und behelfsmäßig neben der freien Marktwirtschaft eine geldlose Wirtschaft entstehen zu lassen". Das Ganze soll sich im Rahmen der viel erörterten Arbeitsdienstpflicht vollziehen. Wir haben ja bereits früher darauf hingewiesen, daß im Kabinett die Idee spukt, einen Teil der Arbeitslosen im Rahmen der Arbeitsdienstpflicht gegen bloßes Essen und Trinken zu beschäftigen. Die Ideen Luthers nähern sich diesem Standpunkt ganz beträchtlich. Im übrigen wird in der Denkschrift Luthers auf die Idee des Professors Lederer zurückgegriffen, stillgelegte Unternehmungen durch Arbeitslose wieder in Betrieb zu setzen und die so erzeugten Konsumartikel an Arbeitslose ohne Entgelt zu verteilen.

Luther nimmt den Gedanken der Gegenseitigkeitshilfe der Erwerbslosen, die er als Selbsthilfe der Erwerbslosen bezeichnet, auf. Das charakteristische Merkmal einer solchen Hilfswirtschaft sieht er in der Beschäftigung von Arbeitslosen für Arbeitslose. Soweit der Lederersche Vorschlag in Frage kommt, will Luther die Einstellung in Selbsthilfebetriebe gegen Weiterbezug der Arbeitslosenunterstützung, event. unter Gewährung gewisser Vergünstigungen zur Verminderung der Gestehungskosten bei den Selbsthilfebetrieben, z. B. durch Fortfall der Lohnkosten, der Fracht und der Steuern usw., wodurch sich nach Luthers Ansicht die Kosten schätzungsweise auf ein Drittel der Produktion vermindern lassen. Die Schätzung erscheint uns etwas niedrig gegriffen. Für die Lösung der Frage der übrigen Kosten will Luther im wesentlichen die Prämienanleihe heranziehen.

In den bisher bekannt gewordenen Auszügen der Lutherschen Denkschrift befindet sich leider keine Aeußerung über die dringend notwendige Schaffung von Reparaturwerkstätten und Lehr- und Fortbildungsbetrieben, insbesondere für die jugendlichen Erwerbslosen, die im erforderlichen großen Umfang ohne weiteres auf dem Prinzip der Gegenseitigkeitshilfe aufgebaut werden könnten. Dagegen macht Luther den Vorschlag, die von der Reichsregierung aus Mitteln der Prämienanleihe zu finanzierenden geplanten zusätzlichen Arbeiten wie auch die Materialbeschaffung gleichfalls auf dieser Grundlage und zwar im freiwilligen Arbeitsdienst ausführen zu lassen. Luther betont zwar ausdrücklich, daß nur zusätzliche und gemeinnützige Arbeiten in diese Erwerbslosenhilfsarbeit einbezogen werden sollen. Praktisch bezieht er bereits vorgesehene Arbeitsbeschaffungsaktionen und auch in ihrem endgültigen Charakter privatwirtschaftliche Unternehmungen in die geldlose Hilfswirtschaft ein. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß einer derartig umfassenden Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes fast auf sämtliche zusätzliche Arbeiten aufs schärfste widersprochen wird.

Trotz der bestehenden Bedenken wird man sich mit dem Arbeitsdienst für einige besonders geartete Fälle auseinandersetzen müssen. Wo z. B. im Rahmen der Stadtrandsiedlung in erster Linie arbeitslose Bauarbeiter Heime erhalten sollen, erscheint es ratsam, Arbeitskraft und Fachkenntnis der in Frage kommenden Bauarbeiter für die Verbilligung ihrer eigenen Häuser auszunutzen. Dagegen erscheint es uns als unmöglich, den gesamten Aufbau der landwirtschaftlichen Siedlungsstellen, Gebäuden, Inventar usw., im Arbeitsdienst herzustellen. Gewiß wird man auch hier die Mitarbeit derjenigen ansetzen können, die man ansiedeln will. Hier müssen aber die Grenzen so gezogen werden, daß sich die Arbeitsbeschaffung auch auf die reguläre Bauwirtschaft, die Baustoffindustrie, die Eisen- und Maschinenindustrie usw. ankurbelnd auswirken kann. Geht es nach den Lutherschen Plänen, dann wird die von der Arbeitsbeschaffung erhoffte Mehrarbeit nicht zu regulären Arbeitsbedingungen vergeben, sondern unterbezahlter Arbeitsdienst in Anspruch genommen. Eine Wirtschaftsankurbelung ist so nicht zu erwarten.

Nun sind auf der Grundlage der Gegenseitigkeitshilfe und unter Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes viele Hilfseinrichtungen für die Erwerbslosen geschaffen worden, so Arbeitslosenküchen, Arbeitsstätten für Jugendliche usw. Es haben sich auch bereits Gruppen in der modernen Arbeiterbewegung als Arbeitsfreiwillige für wirklich zusätzliche und gemeinnützige Arbeiten, die aus finanzieller Not der öffentlichen Körperschaften sonst nicht zur Ausführung gelangen könnten, zur Verfügung gestellt. Unter Voraussetzung ausreichender arbeitsrechtlicher Sicherung können wir uns sehr gut vorstellen, daß die Gruppenarbeit von Arbeitsfreiwilligen für wirklich zusätzliche und produktive Arbeit, die auf normalem Wege zurzeit nicht finanzierbar ist und ohne solche Maßnahmen zum Schaden der Gesamtwirtschaft unterbleiben müßte, ausgedehnt und gefördert wird. Man wird möglicherweise auch noch die Sachausrüstung der Arbeitsfreiwilligen in angegliederten Betrieben vornehmen und verbilligen können. Man muß freilich darauf zu achten haben, daß nur wirklich dringliche und im engeren Sinne produktive Arbeit, die gegenwärtig nur aus Finanznot unterbleibt, in Angriff genommen wird. Bei dieser Beschränkung wird es auch den öffentlichen Körperschaften möglich sein, den Arbeitsfreiwilligen für das große Opfer der Minderbezahlung für die Zukunft einen Ausgleich zu bieten.

Nur unter dieser Grenzziehung und unter diesen grundsätzlichen Gesichtspunkten kann man die von Luther aufgenommenen Gedankengänge der Gegenseitigkeitshilfe der Erwerbslosen weiterverfolgen. Man kann aber nur davor warnen, zu glauben, daß man mit solchen Maßnahmen, deren psychologische Auswirkungen wir weit weniger hoch einschätzen als das z. B. der Reichsbankpräsident Dr Luther tut, über die kapitalistische Wirtschaftskrise hinwegkommt.

Vorstand des Deutschen Landgemeindetages fordert allgemeine Erwerbslosenfürsorge

Die Dreiteilung soll beseitigt werden

Nach eingehendem Referat von Dr. Gerike hat der am 21. Mai unter Vorsitz des Bürgermeisters Lange-Weimar in Weimar tagende Gesamtvorstand des Deutschen Landgemeindetages eine Entschließung eingebracht, in der es u. a. heißt:

„Angesichts der nicht mehr zu überbietenden Not der deutschen Landgemeinden sieht sich der Gesamtvorstand des Deutschen Landgemeindetages gezwungen, nachstehende vordringliche Forderungen zu erheben, entsprechend den bereits im Oktober 1930 gemachten Vorschlägen des Deutschen Landgemeindetages, die ungerechte Dreiteilung der Erwerbslosenversicherten, Krisenunterstützten und Wohlfahrtsempfänger zu beseitigen. An ihre Stelle hat eine allgemeine Erwerbslosenfürsorge zu treten, mit deren Durchführung die Gemeinden beauftragt werden. Zu den Kosten dieser allgemeinen Erwerbslosenfürsorge dürfen die Gemeinden ähnlich, wie bei der heutigen Krisenfürsorge höchstens bis zu 20 Prozent herangezogen werden. Die fehlenden 80 Prozent sind aus Mitteln des Reiches durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und durch Beiträge aller im Verdienst stehenden Personen zu decken. Den annähernd sechs Millionen Erwerbslosen in Deutschland kann jedoch durch eine allgemeine Erwerbslosenfürsorge nicht geholfen werden. Durch Arbeitsbeschaffung befreit das Reich die Reichsanstalt sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände von untragbaren Ausgaben. Nur Arbeitsbeschaffung kann eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft zur Folge haben. Die Reichsregierung muß infolgedessen alle erforderlichen Vorkehrungen treffen, welche ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm ermöglichen. Hierzu erscheint die von der Reichsregierung in Aussicht genommene Prämienanleihe jedoch nicht ausreichend."

Außerdem wurde mit Rücksicht auf die Notlage der deutschen Landgemeinden folgendes Telegramm an den Reichskanzler geschickt:

„Bei zahlreichen deutschen Landgemeinden, die mitten im finanziellen Zusammenbruch stehen, ist mangels Mittel die Gefahr akut, die Arbeitslosen nicht weiter unterstützen zu können. Der in Weimar versammelte Gesamtvorstand des Deutschen Landgemeindetages fordert dringend und nachdrücklich sofortige wirksame Reichshilfe und durchgreifende Reform der gesamten Arbeitslosenunterstützung. Soweit augenblickliche Kabinettsberatungen bekannt geworden sind, werden geplante Aenderungen für unzweckmäßig und unzureichend gehalten. Die Gemeinden deren Kräfte und Mittel erschöpft sind, müssen die Verantwortung für Weiterentwicklung der Dinge ablehnen."

Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter

Auf einer Delegiertenkonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes für das Ruhrrevier am Sonntag in Bochum forderte der Vorsitzende des Verbandes, Husemann, wiederum die Verstaatlichung des Bergbaues.

Husemann führte u. a. aus: Die Monopolisierung im Bergbau sei außerordentlich stark vorgeschritten. Im Ruhrbergbau hätten sechs Gesellschaften 50 Prozent der gesamten Förderung in den Händen. Diese Macht sei jedoch von den Unternehmern nicht im Interesse des Volksganzen ausgeübt worden. Allein durch Fehlinvestitionen seien im Ruhrbergbau Millionen verschleudert worden. Seit 1913 habe sich die Belegschaft aller deutschen Bergbaureviere von 989 000 auf 440 000 vermindert. Neben dieser Belegschaftsverminderung gehe aber eine ständige Steigerung der Produktivität der Arbeit einher. Der Schichtförderanteil an der Ruhr liege zurzeit 65 Prozent über dem Stande von 1913. Wenn aber trotzdem nach Angaben der Unternehmer die Betriebe nicht erst jetzt in der Krise, sondern schon Jahre vorher unrentabel gewesen seien, so liege das nicht an den Arbeitern, sondern an der Verantwortungslosigkeit und Unfähigkeit der Wirtschaftsführer. Durch die Krise hätten sich die Verhältnisse so verschärft, daß es im Interesse des ganzen Volkes liege, die Staatsgefährlichkeit der Bergbaukonzerne durch die Verstaatlichung zu beseitigen. Es sei ein offenes Geheimnis, daß der Bergbau besonders an der Ruhr in höchstem Maße sanierungsbedürftig sei. Ueber die Wiederflottmachung der Konzerne Ewald, König Ludwig und Lothringen werde bereits verhandelt. Selbst die mächtigsten Konzerne ständen jeden Tag vor der Illiquidität. Eine rühmliche Ausnahme bildeten einzig die Unternehmer des preußischen Fiskus. Noch versuche man, den Zusammenbruch von sich abzuwälzen und ihn den Bergarbeitern aufzubürden. Wenn es aber dahin komme, dann würden die Unternehmer wieder den Staat um Hilfe anrufen, den sie so hassen, weil die Arbeiterschaft darin einige Rechte hat, den Staat, zu dessen Unterminierung sie Geldmittel in unbegrenztem, leider aber auch in unkontrollierbarem Maße zur Verfügung stellten. Das würde darauf hinauslaufen, daß der Staat die Staatsfeindlichkeit einzelner Unternehmer — es brauche nur Thyssen genannt zu werden — ihre wirtschaftspolitische und kaufmännische Unfähigkeit auf Kosten der breiten Masse, der deutschen Steuerzahler, noch belohne. Der Bergarbeiter-Verband werde sich gegen eine solche Sanierung des Bergbaus mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln wehren. Der Staat müsse sich, wenn er das Geld zu einer Sanierung hergebe, auch den entsprechenden Einfluß auf die Leitung der Betriebe sichern. Die Frage der Verstaatlichung sei nicht nur eine Frage des sozialistischen Prinzips, sondern eine Angelegenheit, die sowohl die Bergarbeiter, als auch das ganze deutsche Volk angehe.

Eine den Ausführungen Husemanns entsprechende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Behörden-Angestellten-Verbände protestieren

gegen weitere Belastung

Die im Afa-Bund vereinigten Behördenangestelltenverbände — Butab, Zentralverband der Angestellten, Deutscher Werkmeister-Verband, Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten und Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs — haben angesichts der schon durch die Notverordnungen eingetretenen übermäßigen Minderung der Einkommen der Behördenangestellten in Reich, Ländern und Gemeinden gegen eine weitere Belastung in dringenden Eingaben an den Reichskanzler und Reichsfinanzminister Protest erhoben. Für die Masse der Behördenangestellten ist die wirtschaftliche Lage heute schon eine solche, daß sie eine weitere Belastung nicht mehr erträgt. Die Aufbürdung neuer irgendwie gearteter Steuern würden sie als um so ungerechter empfinden, als zum gleichen Zeitpunkt eine steuerliche Entlastung für Besitz und Vermögen eingetreten ist.

Der Schiedsspruch für das sächsische Baugewerbe, der von den Arbeiterorganisationen einmütig abgelehnt wurde, ist von den Unternehmern angenommen worden. Sie wollen Verbindlichkeitserklärung beantragen.

Shell-Konzern zahlt 6 Prozent Dividende

Der holländisch-englische Petroleumkonzern Royal Dutch-Shell wird für das verflossene Jahr eine Dividende von 6 Proz. zahlen. Das Weltunternehmen hat sich im verflossenen Jahr gezwungen gesehen, die Produktion von etwa 24 Millionen Tonnen auf 20,5 Millionen zu drosseln. Damit dürfte die Kapazität im Shelltrust noch nicht einmal bis zur Hälfte ausgenutzt sein. Der Reingewinn wird mit 28 Millionen Gulden angegeben, bei einem Aktienkapital von 495 Millionen Gulden.

Kolossal wie der Einfluß dieses Trusts wirkt seine Finanzwirtschaft. Das Unternehmen verfügt an flüssigen Mitteln über 350 Millionen Gulden. Ein Zeichen dafür, wie weit die Weltwirtschaftskrise die Investitionen eingeschränkt hat. Abgeschrieben werden 100 Millionen Gulden (1 Gulden = 1,7 Mark). Der größte Teil der Abschreibungen entfällt auf Pfundverluste.

Die Nachtschwester

Von Stefan Hill.

Wenn ich heute so manche Nacht in Scheunen liege, mit Wandergenossen, auf dem Stroh, das der mitleidige Bauer uns hinzugab, wenn die alle schon schlafen oder noch Schafskopf spielen, starre ich in den Raum, sein Abenddunkel und denke an sie. Vor wenigen Jahren war das wohl. Im eisigen Winter kam ich von Berlin, fast immer gewandert, ab und zu von einem Auto mitgenommen, und wollte in die Schweiz. Als ich gerade einen Tag in Köln war, zog es reißend und fiebernd in meinen Gelenken. Der Rheumatismus der Landstraße schob mich wohlfahrtsbedürftig in ein Krankenhaus, draußen am Rand der Stadt. Nachmittags erschien ich dort, einsam ohne großes Paket, mit Wanderpapieren. Wie es Abend wurde, lag ich seit langem zum ersten Male wieder in einem sauberen, warmen Bett. Die Schmerzen schwanden ein wenig; ich träumte vom Frühling, in den ich ziehen wollte, und hatte eigentlich wenig Lust, absichtsvoll an die Weiterreise zu denken, so wohl tat mir die Ruhe, die Wärme, das behütete Aufgehobensein. Dabei lag ich in einem Saal, rings um mich düsterte zuweilen der Tod. Später mußte ich oft die Urinflaschen derer leeren, die nicht aufstehen konnten. An jenem ersten Abend kam sie. Der Blick ihrer großen, dunklen Augen fiel peinlich auf die Karte am Bett mit meinen 19 Jahren und der Berufslosigkeit meines Seins. Sie erschien mir sehr groß, und ich glaubte eine besondere Wärme von ihr her zu spüren, „Na, Junge, wie kommst du denn schon zu Rheumatismus?", begrüßte sie mich. Seit ich von Hause gelaufen, hatte nie ein anständiger, irgendwie lieber Mensch zu mir „Du" gesagt. Ich wurde verlegen. Sicher sogar rot, und hatte doch so manches hinter mir. Eine Antwort bekam sie nicht. Aber sie sah wohl an meinem Blick, daß sie etwas in mir erregt hatte, daß ich ihre gutmütige und besorgte Art verstanden, das merkte ich an dem sanften und doch festen Griff nach meinem Puls.

An dem eindringlichen Wunsch später, mir einen Gefallen zu tun für die Nacht, eine Wärmflasche oder ein Schlafpulver zu geben. Aus Kindertagen zog meine Schüchternheit plötzlich neu auf und ließ mich „nein" sagen, „Danke!" Sie war fort, und ich meinte, sie sei zu mir besonders nett gewesen. In Wirklichkeit war sie es zu allen gleich, nur mir kam es wie eine Ausnahme vor, weil mich sonst keine bekümmert fragte oder gar „Gute Nacht!" zu mir sprach. Nach zwei Stunden hörte ich sie wieder. Ihre Taschenlampe blinzelte jedem eilig ins Gesicht, um den Schlaf zu kontrollieren. Und ich war wach. „Aber du mußt doch schlafen bei uns, Kind", vernahm ich, — war das meine Mutter? Woher kam die so schnell? „Ich kann doch gar nicht", gab ich zur Antwort. Draußen telephonierte sie mit dem Arzt, dann brachte sie mir Tabletten und deckte mich zu. Seltsam, von weither wie ein Strolch zu kommen, um zugedeckt zu werden wie einst vor Jahren. Am Tage war ich für die anderen Schwestern irgendeiner, der sein Bett machte, nicht viel sprach, fast unentwegt auf und ab ging, helfen mußte. Und wenn die Nacht mit fernen Laternengrüßen von der Stadt her zu uns drang, wurde ich eines der Kinder dieser Schwester. Heute weiß ich, e i n e s. Damals meinte ich: einziges. Während ich im Ziehen von Ort zu Ort die Nacht vorüberschlief, um neue Welt schauen zu können, spannten sich nun meine Nerven im Erwarten des Abends, weil ich sie immer von neuem durchkosten wollte, die ersten menschlichen Worte, die ersten liebevoll auf mich blickenden Augen, die ja nur auf mich blicken konnten. Als es mir besser ging, half ich ihr, weil sie so gut zu mir war, allnächtlich ein paar Stunden die Patienten ihrer Station befriedigen. Ich stand vor dem Signalkasten und beobachtete das Hervorspringen der Zimmernummern, wenn es schellte. Einzelnen brachte ich den Eisbeutel, andern schälte ich Birnen, manche bekamen wie Kinder mit Flaschen kalte Milch, weil sie schwere Operationen hinter sich hatten. Um halb elf schickte sie mich immer ins Bett. Und ich ging. Nie hatte ich auf einen Befehl reagiert, nie hätte jemand bestimmend etwas zu mir sagen können, ich lebte doch immer allein. Aber mein auf Eigenwilligkeit trainiertes Hirn wurde sonderbar und ließ mich folgen. Wie ein Kind schlich ich über die Steinfliesen zum Saal, zog mich aus, stieg ins Bett, wartete, wie ein Kind auf das „Gute Nacht" seiner Mutter, dem ihren entgegen. Dann erst schlief ich ein, irgendwoher mich geborgen fühlend, einsam in der Welt, in einer Stadt gleichsam von fremden Kranken, die täglich Besuch erhielten, wo an mich nicht einer dachte oder denken konnte, empfand ich etwas von Heimat, Mütterlichkeit, sorgender und schützender Liebe. Einmal vermochte ich es, ihr dies zu sagen. Auf einem Fetzen Papier. Als sie mich am Signalkasten traf, äußerte sie, ich müßte ein paar runtergelangt kriegen, weil ich vielleicht angedeutet hatte, daß ich leider bald entlassen würde. Sie hat auch was von einer weichen Birne gesagt. Nicht ernst. Doch hätte sie mit dem Ernst recht gehabt. Die Nacht, bevor ich gehen sollte, tranken wir um zwölf zusammen Kaffee. Sie tat das ja stets, aber ich mußte sonst früher ins Bett. Ohne gefragt zu sein, erzählte sie einige Geschehnisse aus ihrem Leben. Daß sie mal im Geschäft gearbeitet hätte. Daß sie bald ein Examen bestehen müsse. Auch von Liebe und Geliebtwordensein und Geliebtwerden kam was vor. Das war sehr schön, so im Untersuchungszimmer zu sitzen, ohne Schlauch im Magen wie am Tag, mit ihr nachts in unheimlicher Stille Kaffee zu trinken, und vieles vom Herzen zu reden. Sie erkundigte sich, warum ich schon ginge, ob ich wirklich ganz wieder gesund sei. Danach fragt ja keiner, warf ich hin. Und sie erwiderte, „ich müßte an meine Mutter denken; ich sei doch ein großes, dummes Kind!" So was darf man nie sagen. Nicht mal still für sich. Es kann alles noch schön werden. Ich kneife den Daumen. „Du kannst ja mal schreiben, Junge. Adieu denn auch!"

Ich habe nie geschrieben. Aber heute bin ich noch einsamer. Und alt. Ich fühle zuweilen abends das Reigen eines lieben Menschen phantomhaft über ein gedachtes Bett, herzliche Augen, groß, weit, dunkel. Warm forscht die Hand nach dem Puls. Jetzt hat sie schon lange das Examen gemacht, denke ich. Wenn ich nur ihren Namen wüßte, ich schriebe dann sicher. Aber es gehen ja so viele an ihren Augen vorbei, schlagen so viele Pulse in ihrer Hand. Sicher denkt sie an alle, an keinen einzeln. Schade. Einmal habe ich das geträumt. Einmal glaubte ich Minuten lang wieder: im Bleiben liege doch mehr Glück als im ewigen Schreiten. Aber da bin ich gegangen. Wenn ich so liege, möchte ich sie wiedersehen. Die nur Nachtschwester sein konnte — wie manchem das Unbedingte im Antlitz lebt. Ich war krank, ja, aber das war doch so schön. Wenn es wiederkäme! Ich würde sagen, daß ich wirklich ein dummer Kerl bin. Ach, wieviel würde ich noch tun, was ich damals schon gewollt, nie getan. Doch es kommt nicht mehr. Ich weiß das, eigentümlich schmerzend. Denn sie wollte heiraten, bald nach dem Examen vielleicht, oder nach Rußland gehen. Und ich liege hier unter einem Brückenbogen von Marseille. Drüben brennt das Licht aus den Ochsenaugen des Schiffes nach Kapstadt. Hinter mir orgelt ein Bettler; oder über mir. Seine Melodie singt von vergangener Wahrheit und von Ueberseephantasien. Ja, ich sehe dich, Hilde oder Ilse, oder wie du sonst heißen magst. Aber ich muß doch gehen. Ich will rüber; es gibt n ie ein zurück. Ob man mich fassen wird auf dem Schiff? — Nein, ich habe keinen Wunsch für diese Nacht. Nein, denke. Bloß den, auf den Dampfer zu kommen. Und dich auch in Afrika zu sehen. — Nimm die Hand nicht von meinem Gelenk, nie mehr, nicht wahr? Es ist wunderbar, mit deiner Hand am Puls nach Kapstadt zu gehen, mit deinen Augen in die Tropen. Und der übrigen Sanduhr in deiner linken Hand, die nicht abzulaufen sollte. Siehst du, das ewige Gehen ist doch schöner. Man kann das Bleibende zur Unvergeßlichkeit mitnehmen. Aber im Bleiben kann man nie das Gehende halten, es geht durch uns, um zu vergehen.

Sein Bild

Es sind acht Jahre vergangen, seitdem ich ihn kennen lernte und fünf, seitdem sein Bild in meiner Seele allmählich zu dunkeln begann, ähnlich wie alte Gemälde berühmter Meister von der Zeit mit einem Hauche vertieften Glanzes beschattet werden.

An einem Herbstabend lernte ich ihn kennen. Eigentlich ist es zuviel gesagt: lernte ich ihn kennen; denn seinen Namen habe ich erst heute erfahren. Aber das Wesen eines Menschen liegt ja nicht im Namen. In einem Blumengeschäft war es. Er kaufte Nelken, ich Rosen. Ich hatte einen größeren Geldschein, den die Verkäuferin nicht wechseln konnte. Da tat er es. Wir kamen in ein Gespräch und gingen eine Strecke Weges miteinander durch den stillen Abend. Wir schritten über buntes Herbstlaub wie über einen weichen, federnden Teppich. Er sprach in Bildern und nannte die herabfallenden Blätter erfüllte Sonnenträume und hoch oben die blinkenden Gestirne Brüder. Ich fand Gefallen an seiner Unterhaltung und hatte nichts gegen ein Wiedersehen in der nächsten Woche.

Von seinem Namen hatte ich nur den Vornamen verstanden, während der Zuname von einem vorüberfahrenden laut hupenden Auto übertönt wurde. Fragen mochte ich nicht und deshalb ist er für mich bis auf den heutigen Tag Andreas geblieben.

Die rieselnde Pracht braungoldner Blätter zauberte in unseren Seelen ein Leuchten hervor, das aus unseren Augen warm und herzlich strahlte wie der milde Glanz der Herbstsonne aus dem sanften Blau einer unbestimmten Raumesferne. Wir wurden Freunde. Unsere Lippen plauderten, was unsere Seelen dachten, was das Leben uns gelehrt, in uns zerstört oder geheiligt hatte.

Weihnachten nahte. Schon wanderten die Tannenbäume von den schneestillen Bergen in die lauten Straßen der Städte. In uns erwacht die Sehnsuchte nach dem flockigen Kristall der Höhen. Wir sahen uns schon über Hänge wandern und in erdachte Fernen blicken, die sich in klarer Schönheit wie unwillkürlich vor unseren inneren Augen dehnten. Auch vom Tode sprachen wir, vom einsamen Tode im glitzernden, weichen Daunenbette des Winters.

Ich mußte wegen eines Trauerfalls in meiner Familie die Weihnachtstage in der Großstadt verleben. Deshalb blieb auch Andreas hier. Zwar bestritt er das Bleiben um meinetwillen und schützte Sparsamkeitsrücksichten vor. Ich verstand die Größe des Opfers, das er mir brachte. Ich spürte aber auch das Aufzittern seiner Seele, wenn die Schneeflocken niedertänzelten und die Kiefern, unter denen wir schritten, mit ihren Wipfeln die schwebenden Sternchen auffingen. Ich hörte den stummen Aufschrei seiner Sehnsucht nach dem winterkühlen Schweigen der weißen Welt und fühlte das Wandern seiner innersten Gedanken nach den Bergen, auf denen seine Kameraden im Balsam der Lüfte und im Glanze zauberhafter Winterschönheit dem Skilauf oblagen. Und ich wurde noch tiefer die Seine. Jede Faser in mir, jedes Vibrieren meiner Nerven, jede Regung meines leisesten Empfindens gehörte ihm.

Die Glocken der Weihnacht durchzitterten die Lüfte. Da geschah das Furchtbare. Ich erhielt einen Brief von Andreas, in dem er mir seine Absicht, am Heiligen Abend aus dem Leben zu scheiden, mitteilte. Zwar war schon immer eine tiefe Schwermut seine Kameradin gewesen, und stets hatte eine bange Unruhe in seinem Blick nach Antwort auf die Frage gerufen: Ob überhaupt das karge Leuchten weniger Erdenjahre zur Gestaltung eines verklärten Lebens ausreiche! Daß aber die Schwermut düster wie schwarzer Samt seine Seele umhüllte und sein Vertrauen zu sich selber zart und zerbrechlich war wie Schneeflockenkristall, das hatte ich nicht geahnt; denn alle lebenverneinenden, ichzerspaltenden Seiten seines Wesens hatte er vor mir verborgen gehalten. Nicht in vertrauensarmer, böser Absicht! Wie eine Morgenröte sich leuchtend und klingend zum Glanze des Tages erhebt, so, wünschte er, sollte sich sein Leben entfalten — ein alles beglückender Tag des Schönen, des Wahren.

„Heute, vor siebzehn Jahren", schrieb er in seinem Abschiedsbriefe, „endete meine Mutter ihr Leben, weil seine Dornenkrone ihr Herz zu tief verwundet hatte."

Da verstand ich ihn. — Die letzte Kerze an meinem Weihnachtsbaume verglühte. — Es wurde dunkel um mich. —

Andreas verletzte sich schwer. Noch eine kurze Nachricht erhielt ich von ihm. Sein Vorhaben sei leider mißlungen. Er genese in einer Klinik zum alten, kargen Leben.

Ich hätte seinen Aufenthalt erforschen können. Ich tat es nicht. Mir schien, als dürfe ich nicht in die Umfriedung seiner Welt eindringen. Er war immer ein Mensch gewesen, der alle Wesenheiten der Erde in reicherem Maße in sich barg als andere Menschen. Und ich war doch nur ein Sonnenstrahl, der ihm einmal geleuchtet hatte. Ich war eine Lebenswelle, die blitzend neben seinem Wege geplätschert. Ich war wie ein Aufrauschen der Waldkronen über seinem Lebenspfade — — verklungen im Schweigen der Zeit. Doch lebte die Erinnerung an die Tage mit ihm wie ein schönes Bild in meiner Seele, vom dunklen Samt wehmütigen Gedenkens umrahmt. — — —

Heute habe ich Andreas wiedergesehen. In einer illustrierten Monatsschrift fand ich sein Bild — und seinen vollen Namen. Nun kannte ich plötzlich den Verfasser des wundervollen Buches „D o l o r e s", dessen Lektüre mich vor kurzem so seltsam tief ergriffen hatte. S e i n e Worte hatte ich vernommen.

Längst ist das Papier seiner Briefe vergilbt. Die Tinte und das „A." seiner Unterschrift sind blaß geworden. — — Doch können auch Seelen bleich und unansehnlich werden?

W. L e i s t i k o w.

Redefreiheit für Kinder

Von B e r t r a n d R u s s e l

Die moderne Pädagogik unterscheidet sich von der früherer Zeiten vor allem durch die besondere Beachtung, die sie den ersten K i n d h e i t s j a h r e n zuteil werden läßt. Als F r e u d sich der Erforschung der Psychologie der frühen Kindheit zuwandte, stand ihm kaum viel anderes Material als die Kindheitserinnerungen von Erwachsenen zur Verfügung. Für seine Arbeit geeignete Daten waren von auf konventionelle Weise erzogenen Kindern nicht zu erlangen, da solche Kinder schon sehr früh dazu erzogen werden, ihre Gedanken zu verbergen. Um in die Gedankenwelt des Kindes einzudringen, ist es notwendig, ihm von dem Augenblick an, da es zu sprechen beginnt, R e d e f r e i h e i t z u g e w ä h r e n! Das ist freilich äußerst schwierig, da Kindermädchen, Erzieherinnen und Lehrer Feinde der kindlichen Redefreiheit sind.

Eine sehr wertvolle Materialsammlung auf Grund der von Dr. Geoffrey P i k e an seiner Schule in C a m b r i d g e vorgenommenen Experimente ist kürzlich veröffentlicht worden. Wären Versuche ähnlicher wissenschaftlicher Bedeutung an Schimpansen, Pinguinen oder Axolotl vorgenommen worden, so hätte man sicherlich Geldmittel für ihre Fortführung aufgebracht. So aber begegneten sie nur dem Spott und mußten schließlich finanzieller Schwierigkeiten halber eingestellt werden.

Wenn ein Kind sechs Jahre alt geworden ist, sind die Grundlinien seines Charakters in der Regel bereits ziemlich festgelegt. Und doch ist die Gefühls- und Gedankenwelt des Kindes bisher weniger erforscht als die irgendeines anderen Lebewesens. Niemand ist überrascht, wenn er hört, daß Wissenschaftler die Reaktionen einer Amoebe oder eines Salamanders studieren; aber für die große Mehrzahl gilt es noch immer als Selbstverständlichkeit, daß Kinder während des für ihre Entwicklung wichtigsten Zeitabschnittes der Obsorge von Frauen anvertraut werden, die für diese Aufgabe sehr wenig oder überhaupt nicht vorgebildet sind. Die Aufgabe des Erziehers besteht nun gewiß nicht in der wissenschaftlichen Beobachtung; doch ist diese eine notwendige Voraussetzung. Die moralischen Eigenschaften, die meines Erachtens vor allem in den f r ü h e n Kindheitsjahren entwickelt werden müssen, sind: Ueberwindung der Habinstinkte, Furchtlosigkeit, Wirklichkeitssinn und solche Eigenschaften, die für die Gesundheit wichtig sind und das Kind befähigen, ein verträgliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu werden. In Bezug auf die beiden letzten Erfordernisse scheinen mir viele modernen Pädagogen in die Irre zu gehen. Sie haben sich von den alten, als falsch erkannten Erziehungsmethoden so gründlich abgewendet, daß die in ihrem Sinne erzogenen Kinder oft nicht jenes Mindestmaß an guten Sitten haben, ohne das sie sich selbst und ihren Mitmenschen zur Plage werden.

Ein bißchen Wagemut und Abenteurersinn sollte den Kindern von früh auf anerzogen werden, wenn auch dabei ein paar Beulen und Kratzwunden zu befürchten sind. Auf die Unterweisung in guten Manieren sollte k e i n a l l z u g r o ß e r W e r t gelegt werden, da sonst oft Schüchternheit und Scheu vor Geselligkeit erzeugt werden. Und vor allem sollte die R e d e f r e i h e i t d e r K i n d e r nie eingeschränkt werden! Wenn ein Kind zornig ist, dann gebraucht es alle seine Gliedmaßen, während ein Erwachsener sich in Worten Erleichterung schafft. Gewährung der Redefreiheit ist notwendig, damit das Kind die zu einem solchen Verhalten führende Entwicklung mitmacht. Der gleiche Maßstab, der einen der Redefreiheit beraubten Menschen dahin bringen kann, seinen Feind zu töten, wird einen anderen vielleicht nur veranlassen, ein spöttisches Epigramm zu schreiben. Ich habe in meiner Schule beobachtet, wie an die Stelle der Taten langsam Worte traten. Zuerst bekämpften sich die Kinder mit allen Waffen, die sie gerade zur Hand hatten. Dann kämpften sie lediglich mit den Fäusten gegeneinander und schließlich nur mit Worten. Diejenigen, die am leichtesten geneigt waren, das Tintenfaß gegen die Widersacher zu schleudern, waren Kinder, die man zu Hause gelehrt hatte, daß man stets gut von jedermann sprechen müsse.

Die wesentlichste Bedeutung der Redefreiheit für Kinder liegt in der Tatsache, daß sie geeignet ist, das W a c h s t u m böser Leidenschaften zu v e r h i n d e r n, anstatt lediglich davon abzuhalten, diesen Leidenschaften bei unpassenden Anlässen Ausdruck zu geben. Das Wachstum böser Instinkte hintanzuhalten, ist bei den meisten Kindern durchaus möglich; aber zu diesem Zwecke ist das v ö l l i g e A u f g e b e n all dessen erforderlich, was man bisher unter dem Namen m o r a l i s c h e E r z i e h u n g zusammengefaßt hat. Verträglichkeit, Güte und Anstand können den Kindern nicht durch leere Worte eingepfropft werden. Wir müssen einen Weg suchen, damit diese Eigenschaften auf Grund der Einwirkung einer geeigneten Umgebung auf natürliche Weise in der Kinderseele aufkommen. Wenn Kinder bis zu ihrem sechsten Lebensjahre richtig behandelt worden sind, dann ist es möglich, ihre ganze weitere Erziehung nach Grundsätzen vorzunehmen, die weit freier und verständiger sind als jene, die Kindern gegenüber angewendet werden müssen, deren moralische Instinkte durch die tölpelhaften Methoden einer traditionellen „moralischen Erziehung" unterdrückt worden sind.

Bienen teilen sich die Arbeit

Jede Altersstufe hat ihre bestimmte Tätigkeit — „Technische Nothilfe" bei der Trennung von jungen und alten Bienen.

Der Bienenstaat ist noch immer eines der unerschöpflichsten Forschungsgebiete für den Naturforscher. In einer naturwissenschaftlichen Zeitschrift erzählt Roesch über Versuche, die er mit den Bienen gemacht hat. Er hat dabei festgestellt, daß die Arbeiterinnen unter den Bienen im Laufe ihres Daseins verschiedene Arbeiten in einer ganz bestimmten Reihenfolge verrichten. Gleich nach dem Ausschlüpfen unternehmen sie zunächst die Arbeit des Säuberns der Zellen. Vom vierten Tage an widmen sie sich dann einem neuen Aufgabengebiet und füttern die älteren Larven. Wieder einige Zeit später, nachdem ihre Futtersaftdrüsen sich voll entwickelt haben, übernehmen sie die Fütterung der jüngeren Larven.

Mit dem zehnten Tage beginnt ihre Tätigkeit als Baumeister. Die junge Biene widmet sich dem Bau der Zellen, und verrichtet diese Arbeit angeblich bis zum 13. Tage. Erst mit diesem Tage erreicht sie ihre „Volljährigkeit", denn von nun an fliegt sie mit den anderen Bienen aus, um Honig zu sammeln, eine Tätigkeit, der sie bis zu ihrem Lebensende obliegt. Jede Tätigkeit scheint also an ein ganz bestimmtes Alter gebunden zu sein und die einzelnen Arbeiten im Stock werden nicht von verschiedenen, besonders begabten Arbeitsbienen verrichtet, sondern jede Biene muß einmal in ihrem Dasein während einer bestimmten Dauer eine bestimmte Arbeitstätigkeit ausüben. Diese Tätigkeit scheint also an ein bestimmtes Alter gebunden zu sein. Es lag nahe, die Frage zu untersuchen, ob die Bienen diese Tätigkeit wirklich nur in dem genau bestimmten Alter verrichten, oder ob die Möglichkeit besteht, sie auch zu einer Abänderung ihrer Arbeit in den einzelnen Arbeitsstufen zu bewegen, also etwa, ob es möglich sei, jüngere Arbeitsbienen dazu zu bewegen, die Tätigkeit älterer zu übernehmen. Durch eine besondere Einrichtung gelang es Roesch, die jungen Bienen von den älteren zu trennen. Als nun die Jungen allein im Stock waren und somit alle nur Zellen bauten und Larven fütterten, ergab sich naturgemäß bald ein erheblicher Nahrungsmangel. Zunächst verhungerten eine Anzahl von Larven, die von den Bienen nicht genügend genährt wurden. Schließlich fraßen die Jungbienen selber eine Anzahl von Larven auf, um ihren Hunger zu stillen. Aber allmählich entschlossen sich die jungen Bienen, obwohl sie das erforderliche Alter noch nicht erreicht hatten, doch, auszufliegen und selber Nahrung zu sammeln. Roesch konnte es nun beobachten, daß das nicht etwa nur die Aeltesten unter den Jungbienen waren, sondern daß die neuen Sammlerinnen sich gleichmäßig aus den verschiedenaltrigen Gruppen zusammensetzten. Er konnte sogar beobachten, daß einzelne Bienen zusammen ausflogen, die noch die Futtersaftdrüsen besaßen, also Bienen, die als sogenannte Brutpflegerinnen tätig waren.

In dem anderen Teil des Stockes, in dem nun die älteren Bienen auf sich allein angewiesen waren, zeigte sich ebenfalls eine Umgruppierung der Arbeitseinteilung. Ein Teil der Bienen übernahm wieder die Arbeit des Baues und kehrte somit zur Tätigkeit der jüngeren Bienen zurück. Auf diesem Wege war der Beweis dafür erbracht, daß die Bienen ihre Arbeitsfähigkeit für verschiedene Arbeiten nicht völlig verlieren, daß sie vielmehr im Notfall auch die Arbeiten verrichten können, die ihnen eigentlich ihrem Alter nach nicht mehr zukommen.

V. A.

Ein unwillkommener Brief

„Du häddesd mir doch wirglich mal schreiben gönnen."

„Wieso denn?"

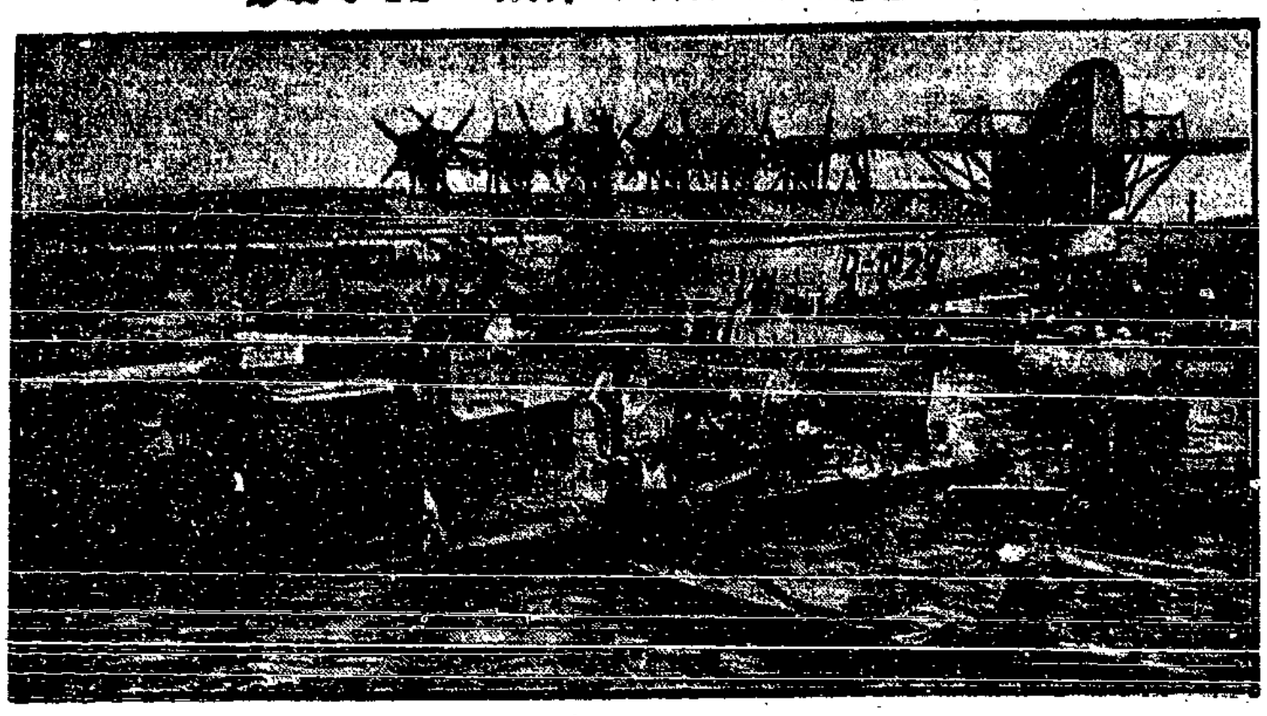
„Na, ich hadde dir doch auch geschrieben. Du häddesd doch wirglich andwordn gönnen."

„Ich hawe geinen Brief gegriegd."

„Da muß der wohl verloren gegangen sein."

„Wahrscheinlich. Und außerdem haßde mir der Inhalt nich . . ."

„Do X" auf dem Müggelsee



Bereits wenige Minuten nach der Wasserung auf dem Müggelsee war das gigantische Flugboot von einer Unzahl Wasserfahrzeugen aller Art dicht umlagert.

Die gestörte Himmelfahrtsorgie

Die Mysterien der Innozenten-Sekte in Bessarabien

Bei einer nächtlichen Streife entdeckten Gendarmen im bessarabischen Dorfe Petrunja einen unterirdischen Tempel der verbotenen Innozentisten-Sekte. Die Sektierer feierten gerade, ein bißchen nachträglich, unter wilden Orgien die Himmelfahrt Christi. Sie griffen die Gendarmen, die zu ihrer Verhaftung schreiten wollten, wütend an. Es kam zu einem erbitterten Ringen. Zwei Innozentisten wurden getötet, vier schwer verletzt.

„Sendboten der Hölle"

Noch aus der russischen Zeit her treibt das Sektiererwesen in Bessarabien die üppigsten Blüten. Selbst in den kleinsten Dörfern findet man Anhänger der verschiedensten Sekten und fanatische Verfechter der tollsten und seltsamsten Glaubenslehren. Trotzdem die rumänischen Behörden auf Betreiben der orthodox-pravoslawen (allein rechtgläubigen) Kirche gegen diese „Ketzer" und „Sendboten der Hölle" mit aller Schärfe vorgehen und ihre Zusammenkünfte zu verhindern suchen, ist die Anhängerschaft der Sekten im ständigen Wachsen begriffen. Bisweilen sympathisieren ganze Dörfer mit den verfolgten Brüderschaften und verbergen ihre Wanderprediger vor den Häschern. Allgemein ist der auf niedriger Kulturstufe stehende und des Lesens und Schreibens meist unkundige bessarabische Bauer, der seit Jahrhunderten unter schwerster politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unterdrückung dahinvegetiert, ein empfänglicher Nährboden für die Lehren neuer Heilsverkünder.

Wege zum Innenleben ....

Unter allen Sektierern werden die Innozentisten am meisten und unbarmherzigsten verfolgt, da ihre Lehre auch gegen die Strafgesetze verstößt. Ihr Glauben und ihr Kult erinnert in vieler Hinsicht an die russischen Chlysti, gleich denen sie sich auch als „Gottesleute" bezeichnen. Die wichtigste Glaubensvorschrift der Innozentisten ist das große Mysterium der „wunderbaren Umwandlung" des „Gottesbruders" und der „Gottesschwester". Und diese wunderbare Umwandlung des fleischlichen und sündigen Menschen in den geistigen und Gott wohlgefälligen Menschen erfolgt in einer langen Serie wüstester und ausschweifendster Orgien, die die Innozentisten als göttliche Handlungen ansehen. „Erniedrige und beschmutze dich in sündiger Fleischeslust, ersticke die Sünde mit der Sünde, nur so wirst du dich zur heiligen Leidenschaftslosigkeit und zum wahren inneren Leben durchringen können", — lautet der oberste Glaubenssatz des Innozentisten-Katechismus. Die von den Popen, den „Vertretern des Antichristen" eingesegnete Ehe wird als schlimmste Sünde wider den Heiligen Geist bezeichnet. Jeder Innozentist ist verpflichtet, die eheliche Gemeinschaft mit der eigenen Frau zu meiden, und berechtigt, zur Verwirklichung des großen Mysteriums der wunderbaren geistigen Umwandlung sich mit anderen Frauen zu verbinden. . . .

Das Kreuz vor dem Mund

Das Dorf Petrunja, in dem jetzt einer der größten Tempel der bessarabischen Innozentisten entdeckt wurde, liegt in der Provinz Soroca, unweit des Dniestrflusses und der russischen Grenze, also in einem Gebiete, wo infolge der zahllosen Grenzzwischenfälle seit Jahren Belagerungszustand herrscht. Wie es daher den Sektieren, die aus weitem Umkreise kamen, bisher gelungen ist, sich unbemerkt in ihre Katakombe zu schleichen, ist den Behörden ein großes Rätsel. Unbegreiflich ist auch, wie die zehn Meter unter dem Boden liegende, kreuzförmige Grotte, die gegen 150 Personen bequem Raum bietet, unbemerkt angelegt werden konnte. Oder stammt sie noch aus der russischen Zeit? Die Untersuchung hat dies bisher nicht ermitteln können, da die in der Grotte verhafteten Innozentisten beharrlich schweigen und auf keine Frage Antwort geben. 78 Frauen und Mädchen und 34 Männer stehen vor dem Richter. Alle tragen ein großes hölzernes Kreuz vor der Brust, das sie, sobald der Richter eine Frage stellt, schweigend vor den Mund pressen.

Wenn der „Gesalbte" spricht

Der einzige unter den Verhafteten, der aussagt, ist Väterchen Joan, der „Gesalbte des Herrn". Er trägt im Gegensatze zu den anderen ein riesiges silbernes Kreuz, ist der oberste Hirt der Sekte und gilt allen seinen Anhängern als gottbegnadetes und wundertätiges Wesen. Spricht er, so lauschen alle Verhafteten verzückt. Dabei hat dieser Mann nichts Priesterhaftes an sich. Die Stimme ist hart und stockend; das Aeußere, vor allem der lange, schwarze Bart, erinnert an einen makedonischen Komitadschi. In den Augen liegt etwas Stumpfes, Tierisches. So ähnlich darf man sich wohl den großen Scharlatan und Wüstling Rasputin vorstellen . . .

Vor dem Kerker

„Väterchen" Joan gibt zu Protokoll: Wir Brüder und Schwestern Gottes erkennen keinen irdischen Richter an. Handlanger der Popen versuchten unser heiliges Mysterium zu zerreißen und haben unseren Gottesdienst gestört. Zwei unserer Brüder habt ihr getötet, dafür wird euch der Fluch Gottes treffen. Kerkert uns ein, doch hundert, nein tausend neue Gottesstreiter werden an unsere Stelle treten . . . — Barsch unterbricht der Richter den Wuterguß des krebsroten Väterchens. „Und wie war es mit euer Himmelfahrtsorgie, deren Zeremonienmeister du warst? Rast wie die Derwische im wildesten Taumel, singt, tanzt, schreit, weint — meinetwegen. Doch welches göttliche und menschliche Recht erlaubt euch diese wüsten Ausschweifungen und schmutzigen Orgien? 78 nackte Frauen und 34 nackte Männer wälzten sich in wilden Zuckungen auf dem Boden, und das nennt ihr Himmelfahrtsfeier, Gottesdienst und geistige Umwandlung? Wie willst du die Attacke auf die eindringenden Gendarme rechtfertigen? War es nicht eure furchtbare Wut über die gestörte Orgie?"

Der „Gesalbte des Herrn" und seine Schar schweigen, fanatisch, aber nicht verlegen. Nach einigen Wochen werden sie sich vor dem Strafgericht zu verantworten haben. Mehrjährige Kerkerstrafen sind ihnen sicher.

Ein Friedhofsprozeß

Vom Großen Schöffengericht Berlin-Mitte wurde der Stadtjugendpfleger Max Blum „wegen Beschimpfung der christlichen Kirche und ihrer Einrichtungen" zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte wurde als Vorsitzender der freireligiösen Gemeinde für zwei auf dem Kirchhof dieser Gemeinde angebrachte Plakate verantwortlich gemacht. Die Plakate hatten folgenden Wortlaut: „Kreuze und andere Abzeichen des religiösen Aberglaubens dürfen auf diesem Friedhof nicht niedergelegt werden." Blum verteidigte sich damit, daß sich die Plakate in der Hauptsache gegen einzelne Sekten gerichtet hätten, die die Symbole ihres Aberglaubens oftmals auf dem Friedhof niedergelegt hätten.

„Do. X"-Pläne

Das Riesenflugzeug „Do X" wird voraussichtlich etwa zwei Wochen auf dem im Osten Berlins gelegenen Müggelsee verankert bleiben. Der Bevölkerung soll nach Reinigung und Ueberholung des Flugschiffes Gelegenheit zur Besichtigung gegeben werden. Der Werferflug wird wahrscheinlich nicht nach dem Bodensee, sondern nach dem Lübecker Wasserflughafen Travemünde erfolgen, der neuen Heimat der „Do X". Das Reichsverkehrsministerium hat als Besitzer des Flugbootes das alleinige Verfügungsrecht über die Maschine.

Japanischer Kleinkrieg

Vom Schnell-Schöffengericht Berlin-Mitte wurde am Mittwoch der 34jährige Motorschlosser Paul Hintze wegen Landfriedensbruchs zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Hintze hat an den kommunistischen Ausschreitungen vor der japanischen Botschaft am 21. Mai in Berlin teilgenommen. Im Verlauf dieser Aktion wurden durch Steinwürfe zwei Fensterscheiben des Botschaftsgebäudes zertrümmert. Inzwischen hat die Vertretung Japans in Berlin verstärkten Polizeischutz erhalten.

Gift in Guben?

Der Gubener Mordprozeß gegen die Lehrersfrau Ziehm und ihre Mutter, Frau Ladewig, die angeklagt sind, den Schüler Hans Georg Ziehm — vermutlich mit chlorsaurem Kali — vergiftet zu haben, wird immer spannender. Nachdem die Angeklagten auch bei einem Lokaltermin in Fürstenberg (Oder) trotz wiederholter Vorhalte kein Geständnis abgelegt haben, wurden sie zu einer ausführlichen Schilderung der letzten Stunden vor dem Tode des achtjährigen Kindes veranlaßt. Frau Ziehm erklärte, daß sie in der Todesnacht „Hänschen" habe schreien hören; — dann, als sie ins Schlafzimmer gegangen sei, habe sie das Kind vergiftet vorgefunden: „Hänschen lag quer über dem Bett, bäumte sich auf und stöhnte. Seine Augen waren schon gebrochen. Als der Arzt eintrat, war das Kind nicht mehr zu retten".

Verschiedene Widersprüche zu Aussagen in der Voruntersuchung sind für die Angeklagten schwer belastend. Außerdem ist auffallend, daß Frau Ziehm einen Hausbewohner hat, das eiserne Becken der Wasserspülung in Ordnung zu bringen. Man nimmt an, daß die Angeklagte das übriggebliebene chlorsaure Kali in die Wasserspülung geschüttet hat. Merkwürdig ist auch, daß Frau Ziehm eine Hausbewohnerin mit der Besorgung des ärztlichen Totenscheines beauftragt und sie ferner bemüht war, die Leiche in verdächtig schneller Weise einäschern zu lassen. Das Einäscherungsamt hat aber die Einäscherung verweigert und von sich aus die Polizei benachrichtigt.

200 000 Mark unterschlagen

Der bei der Spar- und Darlehnskasse Groß-Reken (Kreis Coesfeld, Westfalen) beschäftigte Rendant Stienen hat 200 000 Mark unterschlagen und das Bankinstitut durch leichtsinnige Kreditgewährungen sowie durch zweifelhafte Geschäfte um etwa weitere 200 000 Mark geschädigt. Stienen und zwei Mitschuldige wurden verhaftet.

Gustav Winter aus der Haft entlassen

Wie aus Bautzen gemeldet wird, ist der ehemalige Präsidentschaftskandidat und Betriebsanwalt Gustav Winter der in der Bautzener Strafanstalt eine längere Gefängnisstrafe verbüßte, auf Grund eines Gnadenaktes mit Bewährungsfrist aus der Haft entlassen worden.

Schornsteinfeger tödlich verunglückt

In Petershagen an der Ostbahn glitt ein 54jähriger Schornsteinfeger auf einem Hausdach aus und stürzte in die Tiefe. Er erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er noch vor Eintreffen des Krankenwagens starb.

Polizeibeamter erschießt einen Angreifer

In Frankfurt a. M. bemerkte ein Polizeibeamter nachts mehrere junge Leute, die gerade dabei waren, ein die Uferstraße vom Main trennendes Holzgeländer durchzusägen. Als er sich den Burschen näherte, schleuderte einer von ihnen einen Hammer gegen den Beamten. Der Täter, der dann zu weiteren Tätlichkeiten überging, wurde von dem Beamten durch drei Schüsse tödlich verletzt. Die anderen Burschen flüchteten und konnten in der Dunkelheit entkommen.

Verhafteter Bankier

Gegen den Berliner Bankier Heinz Borchardt, Mitinhaber des Bankhauses „Hansmann und von Zimmermann", wurde Haftbefehl erlassen. Borchardt wird der Depotunterschlagung beschuldigt.

Geheimrat Dr. C. Benda †

75jährig verstarb in Turin der bekannte Berliner Geheime Sanitätsrat Dr. Carl Benda, ein auf dem Gebiet der pathologischen Anatomie allgemein anerkannter Forscher.

Selbstmord eines bekannten Nervenarztes

In einem Anfall von Schwermut erschoß sich gestern der 63jährige Berliner Sanitätsrat Dr. Fritz Reich in seinem Dienstzimmer in der Wittenauer Heilanstalt.

Sanitätsrat Dr. Reich stand seit vielen Jahren in städtischen Diensten. Dr. Reich genießt in der Aerztewelt einen sehr bekannten Ruf als Hirnpathologe. Dr. Reich war verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

Sturmkatastrophe in Nordindien

1000 Häuser niedergebrannt

In Peschawar kam während eines heftigen Sandsturmes in einem Hause des Charsadda Feuer aus. Der Sturm trug die Flammen sofort auf die umliegenden Gebäude weiter. In kurzer Zeit war ein Riesenbrand entstanden, der etwa 1000 Häuser und Läden zerstörte.

George Groß in USA.

Der Zeichner und Maler George Groß wurde für längere Zeit an die „Art Student Leage" berufen.

Geht Japan gegen Rußland vor?

Das Hauptquartier des japanischen Generalstabs ist von Mukden nach Charbin verlegt worden — also in bedenkliche Nähe der russischen Grenze. Man fürchtet daher eine erneute Zuspitzung der Spannung zu Sowjetrußland. Die japanischen Besatzungstruppen sind bei Charbin mit Artillerie, Tanks und Flugzeugen gegen chinesische Truppen vorgegangen, so daß gegenwärtig am Westufer des Sungari-Flusses eine regelrechte Schlacht toben soll.